Achtung! Groß-Berlin: Jeder Genosse besucht die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen am Freitag, 14. September! (Näheres siehe Versammlungskalender)

Klassenkampfes" nur der Leninismus handelt. Dem liegt folgendes zugrunde: Die Anwendung des Marxismus ergab im vorhergehenden Zeitabschnitt Erkenntnisse, die aber für den heutigen Klassenkampf unbrauchbar seien; für die neue Epoche will man aber nicht mehr die marxistische Methode anwenden, denn sie müßte ja, richtig angewandt, in dieser neuen Epoche neue Ergebnisse zeitigen, die für den Klassenkampf wertvoll wären. Nun geht es aber den Leninisten nicht darum, neue Ergebnisse und Mittel zu finden — sondern es geht ihnen darum, den alten Methoden sozialdemokratischen Angedenkens wiederum Geltung zu verschaffen! Durch die Definition vom „Marxismus der imperialistischen Epoche" wird bezweckt, daß die marxistisch eingestellten Arbeiter die Eskamotage nicht merken, daß Theorie und Praxis, Methode und Ergebnisse nicht etwa in Wechselwirkung gebracht, sondern antidialektisch auseinandergerissen, der Marxismus als fossile Theorie, der Leninismus als zeitgemäße Praxis erklärt wird.

Wie nehmen also die Leninisten zu aktuellen Fragen Stellung? Auf idealistisch-subjektive Art. Einige Beispiele.

Nach Meinung der Leninisten dürfte die KI. als Organisation erst dann zerschlagen, bzw. durch eine neue 3. Internationale ersetzt werden, „wenn ihre Führung auch in den Augen der kommunistischen Massen sich von dieser Ideologie definitiv entfernt haben würde". Danach warten also die Leninisten, bis die Komintern führung von sich selbst behauptet: wir sind konterrevolutionär! Warten sie aber nicht darauf, sondern klären die Massen auf, so sind sie auf dem besten Wege zur Zerschlagung. Oder aber tun sie wieder dies noch jenes und stehen der Komintern sowie Rußland wesentlich reformistisch (wie wir schon im ersten Teil des Mem. behaupteten) gegenüber.

Wie wollen sie aber diese Reform durchführen? Ob nicht auch in diesem Falle der Reformismus, wie sonst meist, auf Utopismus beruht? Wie die Erfahrung mit der Sozialdemokratie lehrt, sind auch die allergrößten Lumpereien nicht imstande, die gesamte Masse abzustoßen. Was dann aber dennoch kritisch wird, erreicht innerhalb nicht viel und fühlt sich sehr bald außerhalb. Der Rest kann immer noch aus Massen bestehen, er kann (siehe SP.) bald die andern überflügeln. Machen die Massen die Politik ihrer Führung mit, dann merken sie eine „Entfernung" nicht, denn sie haben sich ja mitentfernt. Es ist daher durchaus opportunistisch, zu warten, bis alle alles durchschaut haben, und könnte bis zum St. Nimmerleinstag dauern. Unsere Kritiker behaupten, die Zusammensetzung der Führerschaft könne entscheiden, welcher von 2 objektiv möglichen Wegen eingeschlagen werden könne. Damit wird die Arbeiterbewegung zu einer überwiegenden Führerangelegenheit gemacht. Die Massen verhöhnt man dadurch offensichtlich. Die Arbeiterschaft muß bis jetzt kolossal dumm gewesen sein, daß sie aus ihren Reihen, die sie doch kennen muß, immer und immer wieder die Unfähigsten an die Spitzen gestellt hat. Den Leninisten nach würde sich alles ändern, wenn die Arbeiter von nun ab nur die 100prozentigen herausgreifen. Wir scherzen durchaus nicht, hat uns doch der Artikelschreiber direkt gesagt, die Komінternpolitik sähe anders aus, wenn im Ekki etwa 3 Trocky und 6 Pollak säßen. Vorderhand privatisieren die Trocky unfreiwillig, wo in Sibirien, und was die Pollaks betrifft, so gibt es deren nur einen und auch der eine noch muß Schulhefte korrigieren. In dieser Hinsicht beruht der Leninismus auf Utopismus, auch dann, wenn die 3 und die 6 wirklich im Ekki säßen.

Da wir, um die landläufigen Redensarten von irgendeinem altralinken Subjektivismus" unmöglich zu machen, im Memorandum des öfteren etwas nachdrücklicher auf die objektiven Momente hinwiesen, benützt das die Antwort, um uns fatalistischer Tendenzen zu beschuldigen und danach auf Grund eines ziemlich kostenlosen Gedankenganges dem Kautsky zu empfehlen, Wie uns Suhl gezeigt hat, hätte es günstigere Aussichten, beim Leninbund mit solchen Empfehlungen hausieren zu gehen.

Was das Motivieren mit den sog. Mittelklassen betrifft, müssen wir zu hören bekommen, daß die Mehrheit der Menschheit (die Leninisten zweifellos mitgerechnet) dem Kleinbürgertum angehört, daß dieses in seiner Gesamtheit „das eigentlich potenziell revolutionäre Element in dieser Uebergangsepoche sei". Als Erwiderung darauf müßten wir wieder das anführen, was wir schon im 1. Teil behaupteten, nämlich, daß die Leninisten alles Gelingen vom Verhalten der Mittelklassen abhängig machen, die sie ganz willkürlich zur größten Klasse aufbauschen, zu dem Zwecke, dem Proletariat weitere Minderwertigkeitsgefühle einzuimpfen, damit es sich dann an die Klasse, die nicht untergehen will, und eine letzte Existenzberechtigung vorweisen möchte, um Hilfe wende, an die Klasse, die der Leninismus nach all dem zu schließen, vertritt. Dieses Kleinbürgertum zu vergrößern, gelingt durch die Schiebung, daß auf eine ganz massiv provinzielle Art bessergestellte Proleten, gesittige Arbeiter und alles, was arbeitet, aber gerade mit keinen Schwielen zu prunken vermag — in die besagte „Masse" eingereiht wird. Und andererseits dem Proletariat die klare Erkenntnis der feindlichen Front vernebelt wird durch Einreihung ganzer Teile der Bourgeoisie in die famose Kleinbürgerkaste. (Das scheint sich nach der Anzahl von Kupons und der Autos zu richten.) Wahrscheinlich gehören aber auch diejenigen, unbestritten großen Kapitalisten nicht in die antiproletarische Front, welche im Vertragsverhältnis mit Rußland stehen, einschließlich der nationalen Befreier und einschließlich Amanullah. Wer die Spießer als revolutionären Faktor anerkennt, muß wohl oder übel auch dessen politische Repräsentanz anerkennen. Die Grundlage zur Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ist damit gegeben.

Nachdem dermaßen die denkbar größte Verwirrung angerichtet ist, kann das Manövrieren beginnen. Auf unsere Erklärung, daß die Zeiten des Manövrierens, des Kampfes mit blinden Patronen endgültig vorbei sind, erhalten wir zur Antwort, daß das Manövrieren gegen die Bourgeoisie Verheerungen anrichte, die ihr wie Explosionen wirken. Schon möglich, nur daß wir dabei immer revolutionäre Proleten in die Luft fliegen sahen.

Wir schrieben im Zusammenhang mit der Rußlandfrage: Die Verschiebung der Klassenkriegsfrage auf ein mehr oder weniger militärisches Geleise ist ein Ausweichen vor den Konsequenzen, die eine nüchterne Beurteilung der Lage fordert. Schreibt aber die KAZ., daß der Leninismus den Arbeitern die Waffen verweigert, vermittels denen sie den Reformismus erfolgreich bekämpfen können, so denken unsere Leninisten gleich an Pistolen, Mord und Totschlag, obwohl aus dem weiteren hervorgeht, daß es sich um organisatorische Waffen handelt. Dann ist es natürlich willkommene Demagogie, daraus zu schließen, daß die KAPG. die russische Frage als eine militärische Angelegenheit betrachtet, nachdem wir gerade davor gewarnt haben. Auch auf unsere konkreten Kritiken des Gewerkschafts- und Parlamenttaktik weiß man uns nicht anders zu antworten, als so, daß zum verstaubten Arsenal der leninschen Argumentation gegriffen wird. Den Parlamentarismus wollen die Leninisten genau so wie die Stalinisten durch Beteiligung entlarven. Sie kommen gar nicht auf die Idee, daß dadurch, indem Massen den Parlamentarismus sabotieren würden, die Negation eben durch die daran beteiligte Quantität positiven Sinn erhält. Wiederum wird also eine Aufgabe und deren Gelingen von **persönlichen** Qualitäten abhängig gemacht, auf eine bestimmte Anzahl Individuen beschränkt, genau so wie bei den Gewerkschaften, die durch Führerersetzung und Postenbesetzung zu Kampforganen werden sollen.

Die Frage einer 2. Partei (bzw. 4. Internationale) beantworteten wir ganz eindeutig. Was den Leninbund Deutschlands betrifft, so wird uns gesagt, was sich da behauptet, sei eine neue Qualität; ferner eine neue Organisation zwar der richtige Weg, aber immerhin und trotzdem keine 2. Partei. Und nun eine Denksportaufgabe: „. . . schlimmstenfalls werde eine Internationale Nr. 3 b, keineswegs Nr. 4 geschaffen werden." Wir müssen uns demnach gar nicht „krampfhaft bemühen", derlei Dinge lächerlich zu machen (wie uns in die Schuhe geschoben wird), das geht ohne unser Zutun! Zur Selbstversspottung kommt schließlich noch eine Selbstanmaßung, indem es dort heißt, die KAP. anerkenne ungewollt den Leninbund, denn er sei ja die neue Organisation, die „u. a. eine Negation der Sozialdemokratie darstelle". Es sei gestattet, das richtigzustellen. Der Leninbund ist keine Negation der Sozialdemokratie, **sondern eine Negation seiner selbst!** Seine Rede ist: Ich bin gar nicht das, was ich bin, und seine Sehnsucht: Sich sobald als möglich ins bessere Jenseits, d. h. in die KPD. befördern zu können. Organisatorisch: ein politischer Selbstmörderklub. Wodurch aber beweist der Artikelschreiber, daß wir ungewollt den Leninbund anerkennen? Dadurch, **daß er es behauptet!**

Mit kommunistischen Grüßen
Kommunistische Arbeiter-Propagandagruppe
der Tschechoslowakei.

Oeffentliche Versammlung

Am Donnerstag, den 13. September 1928,
½8 Uhr abends,
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.
Massenaktion gegen Panzerkreuzer oder Stimmzettelkomödie.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Funktionärversammlung.

am Mittwoch, den **12. September**, abends **7.30 Uhr**, im **Rosenthaler Hof**, Berlin, Rosenthalerstraße 11-12.
Tagesordnung: **Abrüstung.**
Das Erscheinen aller Bezirksfunktionäre sowie der Referenten ist unbedingt erforderlich.

Der Berliner Arbeits-Ausschuß.

Achtung, Parteigenossen!

Freitag, den 14. September, pünktlich abends 8 Uhr, finden die erweiterten Bezirksmitgliederversammlungen statt und zwar tagen: 1., 5. und 17. Bezirk im Lokal Schäfer (vormals Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 20. 6., 13. und 14. Bezirk im Lokal Schwartzkopf, Neukölln, Fontanestr.
2., 7. und 11. Bezirk im Lokal Josephowitz, Charlottenburg, Galvanistr. 6. 3. und 4. Bezirk: Frankel, Reinickendorferstraße, 21. Bezirk: Bezirkslokal.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der Funktionärversammlung.
Genossen, besucht die Veranstaltungen der Partei.

Proletarisches Notizbuch

Der Völkerbund ist zu seiner 9. Vollversammlung zusammengetreten, um dem internationalen Proletariat zum so und soviellten Male zu beweisen, daß noch nicht einmal Stoff genügend vorhanden ist, um eine richtige Komödie aufzuführen.

•

Alles für den Frieden! TU. New York, 31. August. Einer Meldung der United Preß zufolge beabsichtigt Coolidge, möglicherweise den Senat zu ersuchen, die Ratifizierung des Kolloggpaktes bis nach Annahme des Flottenprogramms zurückzustellen. **Präsident Coolidge werde vielleicht den Bau von 71 Schiffen an Stelle der 15-in dem dem Senat jetzt vorliegenden Flottenprogramm vorgesehenen Kreuzern empfehlen.**

•

Typhusepidemie. Aus Bonn und Ostpreußen werden Typhusherde gemeldet. In Bonn sind von 100 Verdächtigen bereits fünf gestorben, in Wehlau (Ostpreußen) zwei. Aus Griechenland wird berichtet, daß Hunderttausende von Menschen durch eine Denguefieber-Seuche bedroht sind. Die Todesfälle betrazen bereits an 600.

•

Der letzte Fußtritt. Der 6. Weltkongreß der Komintern beschloß, die Aufnahme Ruth Fischers und Maslows abzulehnen, dargegen alle Arbeiter, die sich den Beschlüssen der KPD. und Komintern unterwerfen, wieder aufzunehmen. Ruth Fischer und Maslow haben das unzweifelhafte Verdienst, gezeigt zu haben, daß ein „Leninismus" neben dem „Stalinismus" selbst im letzten Akt noch eine Löcherlichkeit ist. Ob der Leninbund das begreift?

•

Königsfabrikation. Mussolini hat den Albanesen gestattet, einen König zu küren, damit der italienische Faschismus dort auch äußerlich zur Geltung kommt. Bevor die Krönungsfeier begann, wurden rasch 16 Hinrichtungen von Personen, die keinen König wollten, vollzogen. Die Internationale des modernen Pazifismus schweigt zu einer solchen Infamie natürlich wie, das Grab.

•

„Alles für das Vaterland." In München wurde eine „Grundsteinlegung zum Studiengebäude des deutschen Museums" vollzogen, wobei Papa Hindenburg folgenden Taufspruch hersagte: „Deutscher Art, deutschem Aufstieg und deutscher Zukunft diene dieser Bau. Alles Streben und Schaffen, das hier geleistet wird, möge geleitet sein von dem einen Gedanken: **Alles für das Vaterland!"** Neben anderen treudeutschen Mannen hielt auch Severing eine Rede, die sich in den Rahmen einfügte. Zum Schluß wurde das Deutschlandlied gegröhlt. Derweilen nehmen die sozialdemokratischen Arbeiter Resolutionen gegen den Panzerkreuzer an, damit bei solchen Feiern auch der Humor zu seinem Recht kommt.

Aus den Wirtschaftsbezirken

München

„Rot"frontkämpfer als Ordnungshüter.

Am 24. 8. hielt die KP. eine öffentliche Versammlung ab von wegen dem Panzerkreuzer, wozu Ebse leiste herbeigeeilt war. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, der SPD. die Stimmen abzujagen und auf die drohende Kriegsgefahr gegen den „Arbeiterstaat" Rußland hinzuweisen. Er wußte sehr gut, wie man die Masse einsetzt, denn das zeigte der Genüge der Reinfall der Masse.

Ein Genosse der KAP. meldete sich zur Diskussion. Man versuchte zuerst, den Genossen nicht sprechen zu lassen, aber diesmal gelang es ihnen nicht, wozu Ebse leiste herbeigeeilt war. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, der SPD. die der Fortsetzung dieser reformistischen staatserhaltenden Politik ist. Sie ist ein Staat im Staate und wird, was dafür spricht, antheilen Mal was dagegen ist, mit Füßen treten. Nicht einige Führer machten das, sondern die Partei verlangt das als Regierungspartei. Sie hätten auch gegen den Panzerkreuzer gestimmt, wenn die übrigen Stimmen dafür ausgereicht hätten. Wenn nun ein Teil der SPD. opponiert, so darf es dabei nicht bleiben, sondern das, was gemacht wurde, wird sich immer wiederholen, wenn auch in anderer Form. Wenn die KPD. das für sich ausnutzen will, so ist das weiter nichts als Buhlerei, um die enttäuschten Wähler für ihren eigenen Laden zu gewinnen. Es ist das eine gemeine Heuchelei. Diese KPD., die gar keine Ursache hat über den Panzerkreuzer zu sprechen, die es vielmehr bereuen müßte, denn nach Buchsprechen, die es vielmehr bereuen müßte, denn nach Bucharin ist Deutschland ein „unterdrücktes Land" und einem solchen Staate müssen nach Bucharin die Proleten zum Siege gegen einen anderen Staat verhelfen. — „Runter, Lump, Schlawiner, Schwindler." Als die Granatenlieferung an die Reihe kam, die Rußland an Deutschland lieferte, wollte man unseren Genossen herunter schmeißen. — Das Spiel der KP. mit Max Hölz, die ihn heute als Werbetrommel benutzt und einst als Wirrkopf und Schädling bezeichnete, wollten die Proleten nicht glauben. Es ging ein Sturm der Entrüstung gegen den Genossen los und man setzte ihn an die frische Luft. Besonders dienstbar erwies sich der Versammlungsleiter Dressel und der „Rote Faustkämpferbund". Es entstand eine Schlägerei und ihren eigenen Genossen, die zehn Minuten andauerte. Dank einem Genossen des RF. blieb unser Genosse unverletzt. Eberlein nahm dann das Schlußwort und erklärte: „Dieser junge Mensch will Kommunist sein und alles, was er erzählt, ist Lüge und schon längst widerlegt." Er machte es sich da sehr leicht. — Trotzdem zeigte sich eine Sympathie für uns. Wir sprachen mit vielen Genossen noch nach der Versammlung und gar manchem geht allmählich ein Licht auf. Tags darauf war Erwerbslosenfeier und unsere Genossen setzten eine Reihe Broschüren ab. Genossen der KPD., wenn ihr ehrlich gewillt seid, die ganze Wahrheit zu erfahren, kommt zu unseren Diskussionsabenden alle **Freitag in die Augustinerklause, Baaderstr. 66.**

Marxistische Bibliothek

Lenin, Ueber Gewerkschaften	Mk. 3.—
Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	Mk. 2.50
Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie	Mk. 2.50
Engels, Der deutsche Bauernkrieg	Mk. 2.—
Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	Mk. 3.—
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich	Mk. 0.60
Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich	Mk. 0.50
Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners	Mk. 4.—
Riasanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär	Mk. 3.50
Stalin, Probleme des Leninismus	Mk. 3.—
Stalin, Auf dem Wege zum Oktober	Mk. 3.50
Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals	Mk. 3.—
Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus	Mk. 3.—
Lenin-Sinowjew, Gegen den Strom	Mk. 4.—

Tolstois Werke
pro Band 3.50 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiterliteratur
SO 36, Lausitzer Platz 13.

Achtung! Achtung!
Komplette Jahrgänge der KAZ. 1924-27
in gutem Einband am Lager. 400 Seiten. 12.— Mk. Die Genossen bekommen Ermäßigung. — Versand nach Auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empfängers. — Bestellungen sind zu richten an die
Buchhandlung f. Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwarmann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 53

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 15. September 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2.50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2.18 und monatlich 0.88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der böse Briand

Die Sozialdemokratie hat entschieden Pech. Ihre Innenpolitik war nach den Wahlen so „erfolgreich", daß selbst nach dem Eingeständnis der „Prominenten" dieser Partei diese im Falle von Neuwahlen nur auf neunzig Mandate rechnen könnte; also ein Drittel des „Wählerfolges" bereits verpulvert ist. Da paßt es gut, daß Herrmann Müller als unentwegter Friedensfreund die außenpolitischen Jagdgründe zu durchstreifen nun Gelegenheit fand, um mit reicher Beute das Manko wieder auszugleichen, das der Panzerkreuzer hinterließ. Aber nun zeigte sich wieder, daß kein Mensch, auch der beste nicht, in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Briand war, wie der „Vorwärts" resigniert feststellt, schlecht bei seiner Rede disponiert, oder hat sich „möglicherweise im Ausdruck vergriffen", oder er „fühlte sich durch die Rede des Reichskanzlers getroffen", trotzdem es gerade von ihm in Deutschland immer hieß: „Briand möchte gerne, aber er darf nicht". Aber trotz aller tiefsinnigen Betrachtungen über die persönliche Verfassung Briands muß selbst diese Sorte Betrachtungsweise weltgeschichtlicher Zusammenhänge zu dem Resultat kommen, daß die Wirkung der Rede des ansonsten aufrichtigen Friedensfreundes ist: „Enttäuschung, und sogar Niedergeschlagenheit".

Es war alles so schön vorbereitet, sogar auf internationaler Basis. Die Konferenz der II. Internationale in Brüssel nahm einstimmig eine Resolution an, daß das Rheinland bedingungslos zu räumen sei. Selbst die französischen Genossen stimmten dafür. „Aber dieses Problem" — so klärt uns schon Adler im „Klassenkampf" auf — griff kaum mehr in die große Weltpolitik ein, ja seine Formel lag durchaus im Interesse der englischen und der amerikanischen Politik: die eine war dafür begeistert, weil sie Konflikte auf dem Kontinent nicht brauchen kann, soll ihre Stoßkraft wo anders nicht geschwächt werden; die andere braucht Ruhe in Europa als Sicherung der amerikanischen Dollaranleihen."

Wenn schon die Obergenossen der II. Internationale diesen „Internationalismus" als Phrase entlarven, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn über die hinterher geheuchelte Naivität der „unentwegten Friedensfreunde" die ganze Welt lacht. Denn es kommt ja noch hinzu, daß die französischen Sozialdemokraten die eifrigsten Verfechter des französischen Militärgesetzes sind, und daß sie — das ist nicht weniger wichtig — dem französisch-englischen Flottenabkommen ungefähr soviel „Widerstand" entgegengesetzt haben, wie die Obergenossen in Deutschland dem Bau des Panzerkreuzers. Aber das alles ist ja Nebensache; die Hauptsache ist der „Friede" im Maul. Und mit dem großen Friedensmaul, dem vergnügten, kam Hermann Müller nun nach Genf, um über die Heuchelei der anderen große Töne zu reden.

Stresemann ließ Hermann Müller den Vortritt für die Blamage, natürlich aus handgreiflichen Gründen. Nur eine Gesichtsbetrachtung auf der Höhe eines Max und Moritz kann Ernst daran zweifeln, daß der „Kriegsächtungspakt" eine eindeutig zielbare Aktion des amerikanischen Imperialismus ist, mit Pazifismus eben so wenig zu tun hat, wie die Sozialdemokratie mit Internationalismus. Die Aktion ist eindeutig gegen den englischen Imperialismus gerichtet, aber auch gegen Frankreich. Die Antwort darauf war die Allianz Frankreich — England. Daß der englische Imperialismus sich zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bezüglich der politischen Hegemonie Frankreich bereit findet, hat eben seine Ursache darin, daß der anglo-amerikanische Interessengegensatz alle europäischen Gegensätze überschattet.

Aus der deutsch-französischen „Verständigung" ist also die französisch-englische geworden und der amerikanische Imperialismus baut hinter dem Rücken der gegen ihn gerichteten Friere seine Stellung aus. Das ist natürlich auch „Verständigungspolitik", aber die „Idee" von Locarno ist tot, nicht nur der Inhalt nach — der war faktisch nie vorhanden — sondern auch den Buchstaben nach.

Unter diesen Umständen kam Hermann Müller nach Genf mußte sich von den „verstimmten" Briand sagen lassen: „Auch von Deutschland, mit einem so vorzüglichen Cadre Heer, mit einer so prächtigen Menschenreserve, mit einer den Aktions- und-Organisationsfähigkeit kann man nicht sagen, daß es vollkommen überflüssig sei. Ein so machtvolles Mittel mit einer solchen Industrie, mit solchen Möglichkeiten, dem erfinderischen Geist einer Rasse, die keine Handelsmarine mehr besaß und fähig war, durch ihr konstruktives Genie bereits heute wieder eine Handelsmarine zu haben, die zu den ersten der Welt zählt, kann ebenso wie bei der vergangenen Katastrophe schnell wieder ihren Erfindergeist auf Rüstungszwecke umstellen."

Das sagte der Friedensfreund Briand dem Friedensfreund Müller, der aus der europäischen Front gesprungen ist der „amerikanischen Valuta" wegen, die doch „für Reparationszwecke" gebraucht wird. Wenn persönliche „Gereiztheit" irgendeines Schauspielers auf dem Völkerbundtheater überhaupt verdient registriert zu werden, so sicher die Briands auf den Vorwurf hin, daß eben die anderen Heuchler, und nur die Leute um Müller die „Aufrichtigen" sind. Der verschlagen sein wollende Fuchs aus Deutschlands pazifistischen Gauen bekam als Antwort eine kräftige Ohrfeige. Das Friedenstheater in Genf kann die klar hervortretenden Machtgruppierungen nicht mehr verschleiern. Hoffentlich zieht das Proletariat endlich die Lehren daraus.

•

Das demokratische Deutschland hat die Fußtapfen Wilhelms auch in der Außenpolitik betreten. Es ist ob seiner — selbst im kapitalistischen Sinne gesprochen — kurzsichtigen Bornertheit in eine glänzende Isolation hineingeschlittert. Die „Verständigung" nach dem Westen ist pleite, und aus dieser Zuspitzung heraus bekommen die Paktverhandlungen über die besetzten Gebiete eben ein anderes Gesicht. Die dehnbaren Klauseln des Vertrages von Versailles werden so interpretiert, wie man sie aufzufassen beliebt. Und diese Auffassung ist auf Seiten Frankreichs die, daß die „Sicherhit" von Seiten Deutschlands nicht gegeben sei, weil die deutsche Demo-

Wirtschaftsdemokratie

Der neue Name für einen alten Schwindel

Etwas hat also der Hamburger Gewerkschaftskongreß doch gebracht. Er hat einen uralten Ladenhüter des Reformismus aus der Rumpelkammer hervorgeholt, hat ihm einen neuen Namen gegeben, und die Delegierten mitsamt der sonstigen gewerkschaftlichen Welt haben glücklich den Neuner für die Taktik des von neuem marschierenden Sozialismus. Der Neuner ist die Wirtschaftsdemokratie.

Auch wer sich nicht die Mühe gibt, ein wenig in der Geschichte der Arbeiterbewegung nachzublättern, könnte in der allerjüngsten Vergangenheit gerade der deutschen Arbeiterbewegung ein bißchen Material zu obigem Thema zusammenbrauen. Es war die Zeit, wo das deutsche Proletariat, durch eine Deutschland vor die Frage des „praktischen Sozialismus" gestellt war. Da wurde ihm, damit es sich über die Henkersgeklebt: „Der Sozialismus marschiert!"

Damals gründeten Hugo Stinnes als Repräsentant der kapitalistischen Klasse, und Kurt Legien als „Vertreter der Arbeiterschaft" die Arbeitsgemeinschaft unseligen Angedenkens. Und um dann dem praktischen Sozialismus das nötige Tempo zu geben, trat eine richtige Sozialisierungskommission in Funktion. Das ist wohl schon ein bißchen lange her, aber wohl noch nicht so lange, als daß die deutschen Arbeiter die praktischen Resultate dieser Wirtschaftsdemokratie vergessen haben könnten. Soweit sie sie aber vergessen haben sollten, genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Angangspunkt für die vollkommen beherrschende Stellung des deutschen Proletariats durch die Bourgeoisie eben diese Wirtschaftsdemokratie war.

Das Kapital fühlte damals den Boden unter den Füßen wa. Er wußte, daß Zugeständnisse bezüglich der „Mitarbeit" einige Scheinreformen opferte. Die Hauptsache blieb die Unantastbarkeit des kapitalistischen Privateigentums, und die Grundlage des Privateigentums für den Aufbau. Daraus mußte sich daran interessiert, daß die Produktion in Bewegung kam. Es hat nur übersehen, daß die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion alle Scheinreformen langsam, aber sicher auffressen muß.

Der Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft konnte sich eben nur unter der Bedingung vollziehen, daß ein Rad in das andere griff, um den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise neu zu beleben. Die Preise mußten sich richten nach den Weltmarktspreisen, um konkurrenzfähig zu werden. Unproduktive Ausgaben erschwerten Kapitalbildung und damit die Erweiterung der Grundlage für die Produktion.

Was Marx einst die Arbeiterklasse lehrte, braucht den Reformismus nichts anzugehen. Daß mit steigender Konzentration des Kapitals, daß mit jedem Fortschritt der Technik die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine im Produktionsprozeß verdrängt werde; daß immer mehr und mehr Produktionsmittel hergestellt werden, die sich nicht verwerten können, weil die Erzeugung von Konsumgütern an die Schranke der zusammenschrumpfenden Kaufkraft gebunden ist; daß diese Schranke immer weiter vorrückt zuungunsten der Massenkaufkraft, weil die Maschine den Menschen freisetzt, den Preis der Ware Arbeitskraft herabdrückt und ihren Verkauf für Millionen unmöglich macht. Und daß gerade die zunehmende Organisation und Zentralisation des Kapitals auf der Wirksamkeit dieser Entwicklungstendenzen beruht.

Nachdem nun diese „Wirtschaftsdemokratie" — denn welch anderer Sinn soll dem neuesten Schlager innewohnen, als die Leitung der Produktion durch Kapital und Proletariat? — jene praktischen Ergebnisse gezeigt hat, die heute dem Proletariat fast den Atem benehmen, treffen sich in Hamburg die hohen und höchsten Strategen der Gewerkschaften und preisen als kühne Tat, den Reigen von neuem zu beginnen. Nur mit dem Unterschied, daß heute der Kapitalismus aus dem wankenden Zustand heraus ist und wieder fest auf beiden Beinen steht. Aber auch dies nicht in dem Sinne, daß mit dem Ablauf der Dinge seine Sicherheit sich festigt. Sie geht auf Kosten der verschärften Ausbeutung der Millionenmassen, und diese Massen sind trotz aller ererbten Knechtseligkeit doch nun einmal Menschen, auf die der dauernde Druck ohne jede Entlastung nicht ohne Wirkung bleibt.

Das ist auch der tiefere Grund dafür, warum man in Hamburg soviel um den endlich gefundenen „Weg zum Sozialismus" herummachte. Die Gewerkschaften stehen am Ende ihres Wirkungskreises, in einer ausweglosen Sackgasse; und es ist immer die letzte Weisheit des Reformismus, mit psychologischen Bluffs zu arbeiten.

Es schien, als ob auch den abgebrühtesten der dort versammelten „bewährten Führer" zeitweilig die Hoffnungslosigkeit ihrer Position dämmere; als sähen sie die höhnischen Grimassen der betrogenen Massen auf sich gerichtet. „Die Funktionäre müßten draußen im Lande die Courage haben", meint Nörpel —, den Arbeitern die Dinge so zu schildern, wie sie sind, auch wenn sie dafür einmal Prügel einstecken müßten." Prügel? Wofür? „Es handele sich darum, den Arbeitern klar zu machen, daß ein Zwangstarif moralisch anders gewertet werden muß, als ein freier Tarif, damit sei noch nicht gesagt, daß ein Zwangstarif **etwa nicht beachtet werden müsse."**

Und Nörpel hat bekanntlich auch dafür seine Gründe: „Ich stehe positiv zum Staat. **Ich bestrelte, daß wir in der deutschen demokratischen Republik noch das Recht haben, von einem ist doch ein Irrsinn** (!!) sondergleichen, in einem Lande, wie unserem Willen gestaltet worden ist, wo Genossen und Kollegen in fast allen Regierungen und in fast allen maßgebenden Körperschaften sitzen, **von einem kapitalistisch-bürgerlichen Staat zu sprechen; den man bekämpfen und verneinen muß."**

Das ist die letzte Weisheit der „positiven" Arbeiterbewegung: der völlige Bankrott, der auch dadurch nicht abgeschwächt wird, daß die KPD. mit dem Aufgebot der letzten Verzweiflung versucht, die Massen immer wieder von neuem in den Irrgarten einer Taktik zu zwingen, die auch dann zu diesen Resultaten führen muß, wenn die Maschine anders Bedienung erhält. Das Proletariet jedoch kann diesen Weg nicht gehen, weil es nicht den Nörpel und Naphtaly zuliebe Selbstmord begehen kann. Es wird den Weg der selbständigen Aktion beschreiten, worüber wir das nächte Mal ausführlich sprechen werden.

kratie und ihr Staat immer mehr zum Hüter amerikanischer Interessen wird.

Es kann natürlich nicht die Sorge des Proletariats sein, diesem Fiasko eine Träne nachzuweinen, oder die Außenpolitik seines kapitalistischen „Vaterlandes" positiv zu beeinflussen suchen. Das Proletariat muß aber an diesen Zusammenhängen lernen, daß im Kapitalismus der Krieg immer die ultimo ratio — das letzte Mittel — der imperialistischen Politik überhaupt ist, weil aus der Ausdehnungsbestrebungen des Kapitals folgen muß die Ausdehnungspolitik der Nationalstaaten, begleitet von einer uferlosen Rüstungspolitik.

Ist, wer kurzem, am 22. Juli 1928, erlaubte sich der „Vorwärts" in einer Polemik gegen die „Rote Fahne" die Dinge, die vor jedermann völlig offen liegen, folgendermaßen zu verspotten: „Die alte vulkärmarxistische Theorie wird wieder aufgewärmt: Wachsen der Produktivkräfte im Kapitalismus mus führt zum Kampf um die Märkte, Kampf um die Märkte führt zum Krieg." Nun, wo diese „vulkärmarxistische Theorie" durch die Tatsachen wieder „aufgewärmt" wird, und die lächerliche und obendrein verlogene Utopie der „Völkerverständigung" unter der Herrschaft des Kapitalismus zerflattert wie Spreu im Winde, belehrt uns der „Vorwärts" darüber, was echter „Marxismus" ist. Briand hat schlecht geschlafen, war verstimmt durch Magenbeschwerden oder Frauengeschichten, oder Gallensteine, oder sonstiges persönliches Mißgeschick, und deswegen ist nun die Unruhe in der Welt. So wird der Marxismus der SPD. letzten Endes zu einer rein medizinischen Angelegenheit, oder zu einem Produkt willkürlichen Zufalls im Leben eines alten Mannes, dessen „Verstimmtheit" oder Krankheit die Welt in Aufruhr bringt. Das ist fürwahr schon kein Vulgärmarxismus mehr, das ist der „Marxismus" frei nach Sherlock-Holmes.

•

Interessant ist noch die Stellung der „Roten Fahne". Sie nimmt einen gar mächtigen Anlauf in der Analyse, man hört ordentlich, wie die Lunge der politischen Athleten in der Fahne vom 12. September arbeitet. Da kommt der Läufer dann auch glücklich zu der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie isoliert sei, stutzt ein wenig, und erklärt: „Von Deutschland eine Anlehnung an die Sowjetunion erhoffen, hieße dasselbe, als wenn man von Bismarck ein Bündnis mit der französischen Kommune erwartet hätte". Das klingt wahrhaftig sehr schön, aber wir können uns z. B. nicht entsinnen, daß Offiziere der Kommunarden an den Manövern der Bismarckschen Armee „lernen" durften, wie das gezenwärtig mit Offizieren der „Roten Armee" bei den deutschen Reichswehrmanövern der Fall ist. Man sieht schon an diesen „Kleinigkeiten" einen „kleinen" Unterschied. Bedenkt man noch die Belieferung der Reichswehr mit Granaten durch Rußland — auch Bismarck würde nicht auf den Gedanken gekommen sein, seine Munitionsfabriken nach Paris zu verlegen —, und bedenkt man weiter, daß die deutsche Bourgeoisie diese Politik eben nur befolgt, weil Rußland die natürlichste Rückendeckung ist, so versteht man wiederum den ganz konkreten Vorschlag Klara Zetkins im Reichstag, von dem Zusammenwirken der deutschen Reichswehr mit den „Rot"-armisten. In diesem Zusammenhang wird auch der folgende Satz klar, den sich besagter Leitartikler abquetscht: „Ueber die Rolle Rußlands während eines solchen Krieges braucht kein Wort gesagt zu werden, es wird mit allen Mitteln gegen den Krieg sein." Da haben wir also das allerschönste Neutralitätsangebot, wenn die deutsche Bourgeoisie es wünschen sollte: jenen verlogenen Pazifismus, hinter dem das militärische Bündnis mit der Bourgeoisie nur für den versteckt werden kann, der auf den Roßtäuscherkniff des Vergleiches des heutigen Rußlands mit der Kommune hereinfällt, und der sich durch solche Zaubereien „beweisen" läßt, daß in Rußland das Proletariat, und nicht die Bourgeoisie und ihre Profitordnung triumphieren.

Für das Proletariat darf es nur eine Losung geben: Gegen die imperialistische Rüstung die proletarische Rüstung. Das ist die Vertiefung der Erkenntnis, daß mit Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien kein Kampf gegen das Kapital möglich ist, daß diese zertrümmert werden müssen, weil sie die Kräfte des Proletariats an den kapitalistischen Staat ketten; daß das Proletariat seine Kräfte vereinigen muß in Betriebsorganisationen, um die Aktionsfreiheit seiner Klasse zu sichern für die einzige Lösung:

Gegen den imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg, die Revolution!

Politische Rundschau

Die SPD. „klärt" das „Wehrproblem"

Ein Parteiausschuß der SPD. auf dem Wels das Referat hielt, nahm folgende Resolutionen an:

I.

„Der von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerschiffbaues zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren eingestandenermaßen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerschiffbaues. Sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Parteigenossen ergibt sich daraus von selbst die Pflicht, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion auf das entschiedeste entgegenzutreten."

II.

„Der Parteiausschuß stellt die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei fest. Er erwartet von der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 **die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrproblem** durch den rechtzeitig **hierzu einberufenen Parteitag.** Der Parteivorstand wird ersucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat."

Damit sind auch die „Linken", die sich schon auf einen „Volksentscheid" festgelegt hatten, wieder in die Front des Parteivorstandes eingeschwenkt. Wie die Dinge sich entwickeln werden, darauf gibt der Kommentar des „Sozialdemokratischen Pressedienstes" folgenden erfolgreichen Aufschluß:

„Die Beschlüsse des Parteiausschusses sind — wie ausdrücklich hervorzuheben zu werden verdient — einstimmig gefaßt worden. Es ist die feste Absicht der sozialdemokratischen Organisationen, die Frage des Panzerschiffes nicht auf das Niveau des demagogischen Radaus und des öden Schlagwortes (?) herunterziehen zu lassen. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tieferen Ursachen der Panzerschiffkrise hingewiesen worden. **Der Mangel an prinzipieller Klarheit** über die Stellung zum Wehrproblem im demokratischen Staat innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, mangelnde Verständigung über das Problem, **welche Konsequenz aus der Wandlung des Wesens des Staates und demzufolge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staate gezogen werden müssen.** Diese Fragen bedürfen der ernstesten Prüfung; sie sind mit beunemem Schlagworten nicht zu lösen. Der Parteiausschuß hat unter Führung des Parteivorstandes den Weg gewiesen, auf dem diese Klärung geschaffen werden soll: zunächst ruhige Vorprüfung, dann Aussprache und Entscheidung auf dem nächsten ordentlichen Parteitag, der voraussichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Magdeburg abzuhalten wird. Ein wichtiges Stück der Selbstverständigung, der geistigen Bewältigung **der großen neuen Tatsachen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben nach der Revolution wird damit geleistet werden."**

Wir haben in den letzten Nummern schon die „tieferen Ursachen" und die Stellung der SPD. zum „Wehrproblem" beleuchtet und können wohl feststellen, daß der obige Kommentar so eindeutig ist, daß jeder Arbeiter schon gesagt werden kann, daß der kommende Parteitag der SPD. angesichts der „neuen großen Tatsachen" als die Pflicht jedes wahrhaften Sozialdemokraten verkünden wird, die demokratische Republik nach innen und außen zu schützen, und sich durch keinen „Radau" von dieser vaterländischen Pflicht abbringen lassen wird.

Hörsing weiß Bescheid

Im Bundesorgan des Reichsbanners wendet sich Hörsing gegen den Beschluß der Ortsgruppe des Reichsbanners Breslau, an den Empfangsfeierlichkeiten für Hindenburg nicht teilzunehmen. Hörsing weist darauf hin, daß in Kiel und anderen Städten das Reichsbanner vor Hindenburg aufmarschiert ist (bekanntlich gemeinsam mit Stahlhelm und Jungdo!), und zitiert das Funktionärhandbuch des Reichsbanners, in dem ein Beschluß abgedruckt ist, daß das Reichsbanner bei allen Besuchen des Reichspräsidenten „in republikanisch regierten Ländern" aufzumarschieren habe und trumpft auf:

„Wenn man sagt: weil einer der örtlichen republikanischen Parteiverene vorher einen gleichen Beschluß gefaßt habe, könne man nicht anders, denn man dürfe die stärkste republikanische Partei am Ort nicht desavouieren, so erwidere ich: was um alles in der Welt geht das uns an? **Der Vorgang in Breslau beweist, welche große staatspolitische Erziehungsarbeit noch von uns zu leisten ist. Eine reine Freude in diesen Tagen ist der kluge und staatspolitisch erfreuliche Beschluß unserer Kameraden in Oberschlesien,** die auf schwerstem und härtestem Boden stehen und wie ein Mann aufmarschieren und dem Reichspräsidenten und seiner republikanischen Begleitung beim Besuch Oberschlesiens begrüßen werden."

Hörsing braucht eben keine „Klarheit" mehr über das „Wehrproblem". Er weiß, daß die Organisation des Reichsbanners nur einen Sinn hat als imperialistische Schutzgarde der demokratischen Republik.

Hindenburg und Kalinin

Zum Tode des Grafen Brockdorff-Rantzau.

Das „Berliner Tageblatt" meldet unter obiger Ueberschrift: „Der Reichspräsident hat an den Präsidenten des Zentralvollzugskomitees der Sowjetunion, Kalinin, in Erwiderung seines Beileidstelegramms zum Tode des deutschen Botschafters in Moskau folgendes Telegramm gerichtet: „Für den Ausdruck des Beileids, den Sie, Herr Präsident, anläßlich des plötzlichen Ablebens des deutschen Botschafters Grafen Brockdorff-Rantzau mir übermittelt haben, spreche ich Ihnen aufrichtigsten Dank aus. Das Andenken an den Entschlafenen und an seine Arbeit für den Ausbau der Beziehungen der beiden Völker wird in Deutschland lebendig fortwirken. von Hindenburg."

Reichsminister Stresemann hat an den russischen Volkskommissar Tschitscherin folgendes Danktelegramm gerichtet: „Für die Anteilnahme an dem schmerzlichen Verlust, den ich durch den Tod meines Botschafters Graf Brockdorff-Rantzau erlitten habe, danke ich Ihnen aufrichtig. Die Arbeit des Dahingeschiedenen war der freundschaftlichen Zusammenarbeit unserer Staaten und Völker gewidmet, die wir in seinem Sinne fortsetzen werden."

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, sprach dem stellvertretenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Köpke, aus Anlaß des Todes des deutschen Botschafters in Moskau telegraphisch sein Beileid aus: „Plötzlicher Abgang meines bewährten persönlichen Freundes, unermüdlichen Kämpfers für Freundschaft unserer Staaten für mich tief schmerzlicher Schlag und unersetzlicher Verlust. Sein Andenken bleibt mir für immer eingegraben. **gehört zum teuersten in meinem Leben."**

Ministerialdirektor Köpke sandte das nachstehende Danktelegramm an den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: „Für Ihre herzliche Teilnahme an dem schweren Verlust, den wir durch das Ableben des Grafen Brockdorff-Rantzau erlitten haben, sage ich Ihnen, sehr verehrter Herr Volkskommissar, zugleich im Namen des Auswärtigen Amtes unseren aufrichtigen Dank. Ich bin sicher, daß Ihr persönlicher Freundschaft, dem Sie in Ihrem Beileidstelegramm so beredten Ausdruck gegeben haben, von dem Entschlafenen aufrichtig erwidert wurde, um so mehr beklagen wir seinen Verlust."

Das revolutionäre Proletariat wischte sich angesichts dieser rührenden Zeremonie eine Träne von der Nasenspitze und läßt die hohen Herren mit ihrem Kummer allein. Es hat seine eigenen Sorgen und weiß die Aufrichtigkeit zu schätzen, mit welcher die hohe Bürokratie in Rußland mit den Hindenburgern verbunden ist. Diese konterrevolutionäre Aufrichtigkeit ist viel sympathischer als die schmierige Komödie der kleinen Banachen, die das Stahlrußland immer noch als „proletarisches Vaterland" verdächtigen.

Die Kellogg-Komödie

Die Komödie der Unterzeichnung des Kelloggpaktes ist nun vorüber und Herr Stresemann gibt sich in Baden der wohlverdienten Ruhe hin. Die Komödie von Paris ist vorüber und diejenige von Genf hat gerade begonnen. Die Ereignisse in Paris, wie die noch rollenden von Genf wählten den ganzen Schein der bürgerlichen Welt auf. Es ist also kein Wunder, wenn die Wogen auch nach Moskau schlugen und die Politiker des dortigen Eisersetts-anderseits auf den Plan riefen. Eine solche Gelegenheit, wie den Kelloggpakt, durften sich die Leninisten nicht aus der Hand schlagen lassen. Sie mußten zeigen, was sie konnten, jetzt, wo die Friedhofsruhe in Rußland herrscht — und die „Opposition" wieder einmal endgültig totgeschlagen ist.

Rußland ist nunmehr dem Kelloggpakt beigetreten. Für diejenigen, die seit längerer Zeit die russische „Betätigung" in Genf und anderwärts verfolgten, ist das längst keine Ueberraschung mehr. Die russische Regierung ist längst auf den Boden des bürgerlichen Pazifismus getreten. D. h. sie verlegt ihre Rüstungen, ihren imperialistischen Appetit und ihre aggressive Politik — siehe Mandschurei — unter denselben Phrasen, wie die bürgerlichen Staatsmänner der anderen Länder. Dennoch ist der Beitritt zum Kelloggpakt ein weiterer deutlicher Schritt und „Fortschritt", wenn auch nicht zum Sozialismus und Kommunismus. Man kann sagen, daß mit diesem Beitritt die letzte der papiernen Kulissen gefallen ist, die die Bolschewiki noch vom Völkerbunde „trennt". Denn wenn man schon im Kelloggbunde ist, so hindert nur der letzte Widerschein einer hohlen Phrase noch Rußland am offenen und offiziellen Eintritt in den Völkerbund. Wenn bis dahin nicht der Völkerbund von dem offenen Imperialistenbund, genannt nach Kellogg, völlig abgelöst wird.

Immer frecher und plumper werden die Phrasen, mit denen die Bolschewistenpresse das vollkommene Hinabgleiten in den Sumpf zu bemänteln und zu verherrlichen sucht.

So schreibt die „Prawda" (Uebersetzung der „Roten Fahne" vom Sonnabend, den 8. September):

„Wie überhaupt die internationale Politik der Sowjetunion, so entspricht auch die Antwort der Sowjetunion auf den Kelloggpakt ganz und gar den Interessen der Werktätigen."

Und sie fügt heuchlerisch hinzu: „Mit der Erklärung unseres Beitritts zu dem Pakt behalten wir in vollem Umfang unsere politische Linie in dem grundlegenden Fragen des Friedens und des Krieges aufrecht und welchen von unserem reifen (!! Red.) Friedensprogramm nicht ab." Und dann kommt die ziemlich deutliche Anspielung auf das vereinigten Europa als Sturmbock gegen das „feindliche Amerika". Man versteigt sich sogar dazu, an dem neuerdings abgeschlossenen englisch-französischen Aufrichtungspakt schöne Seiten zu sehen.

Es heißt in dem erwähnten Artikel der „Prawda" nämlich, und jeder Denkende versteht, was gemeint ist:

„Wir waren und sind aus höheren Interessen internationalen politischen Triebkräfte des Kelloggpaktes, die die gegenseitigen Beziehungen innerhalb des kapitalistischen Lagers betreffen, völlig im Klaren. Der gesamte internationale politische und diplomatische Kampf um den Pakt bewegt sich um die zentrale Achse des britisch-amerikanischen Antagonismus.

Dieser Wille zum geeinten Europa wird in dem Artikel nur flüchtig angedeutet, und am Schluß wird der Pakt, den man soeben unterzeichnet hat, nach Strich und Faden heruntergerissen. Man faßt sich an den Kopf und könnte lachen, wenn soviel Heuchelei und ein so frivoles Spiel mit den letzten Resten einer immerhin großen Vergangenheit nicht zum Weinen wäre.

Im übrigen hat der Pazifismus der Stalinleute noch einen besonderen Beigeschmack, der ihren besonderen politisch-imperialistischen Wünschen und Bestrebungen entspricht. Ihre Sehnsucht ist es nämlich, sich eine spezielle Einflußsphäre im Gebiet des alten Groß-Rußland und darüber hinaus in Mitteleuropa, lies Deutschland, zu schaffen.

Die Granatenpolitik des Nationalbolschewismus ist nach wie vor der höchste Traum der russischen Machthaber, die nicht umsonst die „Friedens"angebote Litwinows in Genf im Osteuropaverlag des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Hötzsch erscheinen ließen. Deshalb ist auch die „Rote Fahne" über die Aschermittwochsrede des französischen Außenministers Briand in Genf ganz aus dem Häuschen und wittert Morgenluft. Sie leistet sich in der Verherrlichung des verstorbenen Junkers Brockdorf-Rantzau allerlei und veröffentlichte gleichzeitig einen ganz ellenlangen Paß gekommenen Artikel des Herrn v. Seeckt, der bekanntlich über den Verlust der Arbeiterdictatorrang den Zylinderhut bekam. Der Arbeiterschaft kann es jedoch gleichgültig sein, ob der Arbeiterstaat den Kelloggpakt annimmt oder für die Historienerzählung schwärmt: das Proletariat ist für Moskau einfach nicht vorhanden. Für sie ist der abgestandene Sauerkohl des papiernen „Volksentscheids" gegen den stählernen Panzerkreuzer gerade gut genug. Und die Arbeiterschaft läßt sich dieses, wie vieles andere, heute eben noch gefallen. Wenn allerdings der Biese Brieg der Geschichte erwacht, dann wird für die Kellogcheiligen in dieser Welt ebensowenig ein Platz sein, wie für die verlogenen Phrasen der „Roten Fahne".

Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften

Von Rosa Luxemburg.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg ist die Parole „Wirtschaftsdemokratie", herbeigeführt durch die „gesellschaftliche Kontrolle" von neuem von den Toten erweckt und als „Weg zum Sozialismus" anerkiesen worden. Der nachfolgende Abschnitt aus der Broschüre: „Sozialreform oder Revolution?" von Rosa Luxemburg setzte sich mit dem Vätern dieser neuesten Weisheit schon 1898 auseinander und wenn man an die Stelle der Namen Bernstein und Schmidt, Nörpel, Naphtaly usw. setzte, haben diese Ausführungen gerade heute wieder

Welches ist der Weg, der vom Standpunkte der „Anpassungstheorie des Kapitalismus" dazu führt? Bernstein hat diese Frage nur andeutungsweise beantwortet, den Versuch, sie ausführlicher im Sinne Bernsteins darzustellen, hat Konrad Schmidt gemacht.[1]) Nach ihm wird „der gewerkschaftliche Kampf und der politische Kampf um soziale Reformen eine immer weiter erstreckte gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsbedingungen" herbeiführen und durch die Gesetzgebung „den Kapitalcharakter immer durch Beschränkung seiner Rechte mehr und mehr in die Rolle eines Verwalters herabdrücken", bis schließlich „dem mürbe gemachten Kapitalisten, der seinen Besitz immer wertloser für sich selbst werden sieht, die Leitung und Vergeltung des Betriebes abgenommen", und so endgültig der gesellschaftliche Betrieb eingeführt wird.

Also Gewerkschaften, soziale Reformen und noch, wie Bernstein hinzufügt, die politische Demokratisierung des Staates, das sind die Mittel der allmählichen Einführung des Sozialismus.

Um bei den Gewerkschaften anzufangen, so besteht ihre wichtigste Funktion — und niemand hat es besser dargetan als Bernstein selbst im Jahre 1891 in der „Neuen Zeit" — darin, daß sie auf seiten der Arbeiter für die Mittel sind, das kapitalistische Lohngesetz, d. h. den Verkauf der Arbeitskraft nach ihrem jeweiligen Marktpreis, zu verwirklichen. Worin die Gewerkschaften dem Proletariat dienen, ist, die in jedem Zeitpunkte gegebenen Konjunkturen des Marktes für sich auszunutzen. Diese Konjunkturen selbst aber, d. h. einerseits die dem Produktionsstand bedingte Nachfrage nach Arbeitskraft, andererseits das durch Proletarisierung der Mittelschichten und natürliche Fortpflanzung der Arbeiterklasse geschaffene Angebot der Arbeitskraft, endlich auch der jeweilige Grad der Produktivität der Arbeit, liegen außerhalb der Einwirkungssphäre der Gewerkschaften. **Sie können deshalb das Lohngesetz nicht umstürzen; sie können in besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig „normalen" Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stutzenweise aufheben.**

Konrad Schmidt nennt freilich die jetzige gewerkschaftliche Bewegung „schwächliche Anfangsstadien" und verspricht sich von der Zukunft, daß „das Gewerkschaftswesen auf die Regulierung der Produktion selbst einen immer steigenden Einfluß gewinnt". Unter der Regulierung der Produktion kann man nur zweierlei verstehen: die Einmischung in die technische Seite des Produktionsprozesses und zweitens die Bestimmung des Umfangs der Produktion selbst. Welcher Natur kann in diesen beiden Fragen die Einwirkung der Gewerkschaften sein? Es ist klar, daß, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in gewissen Grenzen zusammenfällt. Es ist die eigene Not, die ihn zu technischen Verbesserungen anspornt. Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist gerade entgegengesetzt: jede technische Umwälzung widerstreitet dem Interessn der dirkt dadurch betroffenen Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet, die Arbeit intensiver, eintöniger, qualvoller macht. Insofern sich die Gewerkschaft in die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur in letzteren Sinne, d. h. im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppe handeln, sich Neuerungen widersetzen. In diesem Falle handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im ganzen und ihrer Emanzipation; das vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d. h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmt, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion. Und in der Tat, wir finden das Bstreben, auf die technische Seite der Produktion einzuwirken, nicht in der Zukunft, wo Konrad Schmidt sie sucht, sondern in der Vergangenheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie bezeichnet die ältere Phase des englischen Trade-Unionismus (bis in die 60er Jahre), wo er noch an mittelalterlich-zünftlerische Ueberlieferungen anknüpfte und charakteristischerweise von dem veralteten Grundsatz des „erworbenen Rechtes auf angemessene Arbeit" getragen war.[2]) Die Bestrebung der Gewerkschaften, den Umfang der Produktion und die Warenpreise zu bestimmen, ist hingegen eine Erscheinung ganz neuen Datums. Erst in der allerletzten Zeit sehen wir — wiederum nur in England — dahingehende Versuche auftauchen.[3]) Dem Charakter und der Tendenz nach sind aber auch diese Bestrebungen jenen ganz gleichwertig. Denn worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaft an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten, und zwar unter Gebrauch von Zwangsmaßregeln gegen konkurrierende Unternehmer, die den Methoden der regelrechten Unternehmerverbände in nichts nachstehen. Es ist dies im Grunde genommen kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital mehr, sondern ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft. Seinem sozialen Werte nach ist das ein reaktionärer Beginnen, das schon deshalb keine Etappe in dem Emanzipationskampfe des Proletariats bilden kann, weil es vielmehr das gerade Gegenteil von einem Klassenkampf darstellt. Seinem praktischen Werte nach ist das eine Utopie, die sich, wie eine kurze Besinnung dartut, nie auf größere und für den Weltmarkt produzierende Branchen erstrecken kann.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. bloß auf die Regulierung der Kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen; die Einwirkung auf den Produktionsprozeß bleibt ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen. Ja, noch mehr, der ganze Zug der gewerkschaftlichen Entwicklung richtet sich gerade umgekehrt, wie es Konrad Schmidt annimmt, auf die völlige Ablösung des Arbeitsmarktes von jeder unmittelbaren Beziehung zu dem übrigen Warenmarkt. An bezeichnendsten hierfür ist die Tatsache, daß sogar die Bestrebung, den Arbeitskontrakt wenigstens passiv mit der allgemeinen Produktionslage in unmittelbare Beziehung zu bringen, durch das System der gleitenden Löhnisten, nunmehr von der Entwicklung überholt ist, und daß sich die englischen Trade-Unions von ihnen immer mehr abwenden.[4])

Aber auch in den tatsächlichen Schranken ihrer Einwirkung geht die gewerkschaftliche Bewegung, nicht wie es die Theorie der Anpassung des Kapitals voraussetzt, einer unumschränkten Ausdehnung entgegen. Ganz umgekehrt! Faßt man größere Strecken der sozialen Entwicklung ins Auge, so kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß wir im großen und ganzen nicht Zeiten einer siegreichen Machtentfaltung, sondern wachsenden Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Bewegung entgegensehen. Hat die Entwicklung der Industrie ihren Höhepunkt erreicht und beginnt für das Kapital auf dem Weltmarkt der „absteigende Ast", dann wird der gewerkschaftliche Kampf doppelt schwierig: erstens verschlimmern sich die objektiven Konjunkturen des Marktes für die Arbeitskraft, indem die Nachfrage langsamer, das Angebot aber rascher steigt, als es jetzt der Fall ist, zweitens greift das Kapital selbst, um sich für die Verluste auf dem Weltmarkt zu entschädigen, um so hartnäckiger auf die dem Arbeiter zukommende Portion des Produktes zurück. Ist doch die Reduzierung des Arbeitslohnes eines der wichtigsten Mittel, um den Profit wieder aufzunehmen.[5]) England bietet uns bereits das Bild des beginnenden zweiten Stadiums in der gewerkschaftlichen Bewegung. Sie reduziert sich dabei notgedrungen immer mehr auf die bloße Verteidigung des bereits Errungenen, und auch diese wird immer schwieriger. Der bezeichnete allgemeine Gang der Dinge ist es, dessen Gegenstück der Aufschwung des politischen und sozialistischen Klassenkampfes sein muß.

Den gleichen Fehler der umgekehrten geschichtlichen Perspektive begeht Konrad Schmidt in bezug auf die Sozialreform,

[1]) Webb, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, 2. Band, S. 100 u. ff.
[2]) Webb, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, 2. Band, S. 115 u. ff.
[3]) a. a. O., S. 115.
[4]) K. Marx, Das Kapital, 3. Band, 1. S. 216.

[1]) „Vorwärts" vom 20. Februar 1898, Literarische Rundschau. Wir glauben um so mehr die Ausführungen Konrad Schmidts im Zusammenhang mit denjenigen von Bernstein betrachten zu dürfen, als Bernstein mit keinem Wort die Kommentierung seiner Ansichten im „Vorwärts" ablehnte.

Sammelt für den Pressefonds

Der zerstörte Hafendamm

Von Maxim Gorkij.

Die Sonne wärmt schon. Es weht ein leichter Wind. Kaum wogt das Meer. Unser Boot streicht gemessen durch die breiten Wogen, das Segel voll entfaltet . . . Weit, breit ist's um mich her . . . In der Ferne ein alter zerstörter Hafendamm, dem wir uns rasch nähern. Langsam, kräftig schlagen die Wogen auf das steinerne Hindernis und rollen freudig und frei durch die breite Bresche, die darin gähnt.

„Das Meer liebt die Hindernisse nicht", bemerkt mein Begleiter, ein alter, wetterfester Seemann.

„Ist dieser Hafendamm schon lange durchbrochen?" fragte ich, unwillkürlich erstaunt über die Kraft der Wellen, die derartige Riesenblöcke wegschwemmen konnten.

„Ich denke, es ist schon lange her", erwiderte er besonders nachdenklich. Dann nach der Pause: „Kennen Sie die von uns Seeleuten so beliebte Sage vom Kampfe des Meeres mit diesem Damm, den man, wohl mit Recht, auch den Felsen nennt? Nicht? Wollen Sie, so erzähle ich sie Ihnen?"

„Frei wie die Vögel der Lüfte waren einst die Wellen des Meeres . . . Von Liedern des Sturms gewiegt und getragen, rollten sie fröhlich in blauende Ferne . . .

Doch neideten ein Mensch, ein böser Tyrann, den Wellen das glänzende, glitzernde Los. Der Freiheit berauben wollt' er die stolzen, die glücklichen Kinder des Sturms . . .

Nicht sollten sie mehr über grausigen Tiefen sich glitzernd in sorglosen Spielen erfreuen. Nicht sollten der Sonne sie lächeln, dem blauenden Zelte des Himmels die glitzernden Grüße des freudvollen Daseins entsenden! . . .

Er schickte gehorchende Sklaven; und kaltes Gestein aus dem Schoße der Erde begannen sie wuchtig dem Meer in den Grund zu versenken . . . Es zuckte das Meer, erzitterte, sträubte sich schäumend. — — Die Wellen jedoch die lachten darüber, wie Felsen so groß und so wuchtig sich drehten bemühn, den Grund ihres Meeres zu erreichen. Sie springen, sie stoßen einander; sie winden sich lachend herum: sie streicheln die Felsen, umschwärmen sie flink . . . Wie ist sie doch herrlich, die Freiheit der Kinder, beschattet noch nicht von ahnendem Schein!

Dem Schoße der dunkelen Erde entnommen, sind düstere Gäste erschienen bei uns; wir wollen sie jubelnd mit Liedern empfangen, sie wärmen mit munterem Spiel. Wir wollen genießen die Zauber des Meeres: sein Leuchten, sein Rauschen, sein Ebenmaß sie schaun: besingen mit euch in rauschenden Liedern die schöne, die herrliche Freiheit des Meers! . . .

Finster jedoch, die Gäste betrachtend, heult' leise der Sturm in-Böses verkündendem Ton!

Es fallen die Blöcke in immer dichteren Reihen ins Meer: sie türmen sich auf, sie wachsen zur Wand, zur festgefügten zusammen, versperren die Straße der Freiheit, der längstgewöhnten Bewegung den staunenden Wellen des Meers.

Es schwanken die Wellen, sie schrecken zurück vor der hohen, der finsteren Wand: sie haben noch nie eine Schranke gesehen, sie kannten nie ein Hemmnis des freien Laufs.

Gleichmäßig fortsetzend den schwungvollen Lauf, schlagen sie am Damm sich wund ihre Brust . . . Sie werfen sich heulend zurück, die Wand ist so kalt, die Wand ist so hart! . . .

Bis weit in die Ferne erzittert das Meer . . . Es werfen die Wellen sich hin und zurück in grauenvoll schrecklicher Angst und es sterben so viele zerschellt an der Wand . . .

Ein Stöhnen, ein banges, schallt klagend einher, und finster gekräuselt bewegt sich die Flut. „Verraten, verraten!" ertönt es darin, „von denen, die liebreich empfangen als Freunde wir, wird jetzt uns die Freiheit gestohlen!"

Dem Sturme entrinnen die Wellen . . . Er fliegt mit Geheul zu der düsteren Wand: „O Felsen, o Blöcke, auch ihr wart einst frei, auch euch war ja einstmals die Freiheit das Leben . . . O sagt, warum erschienet ihr hier, den Wellen die Freiheit zu stehlen?!"

Noch finsterer blickten die Felsen.

„Nicht freier Wille trieb uns her! Wir stehlen auch, wird's uns befohlen", es finster zur Antwort erklang . . . Und wuchtiger stand, die Wellen beherrschend, die Wand.

Der Sturm flog heulend übers Meer, versammelte die Wellen: zu künden die Nachricht, die böse, daß dauernd das Joch, das drückende, sei . . .

„O arme Wellen, Wellen mein! Sklaven, Sklaven seid ihr nun, denn eure Freiheit ist gestorben! . . .

Und weiter fuhr er übers Meer, das eine Weil' wie angestorben in Schreck und Trauer lag . . .

Die alten, die mächtigen Wogen senkten tief sich zum Grunde hinab . . . Kein Orkan und kein Sturm lockt wohl die mehr empor!

Die Wellen, die jungen, die rollen umher so finster, so schweigsam wie nie: das Lachen, das frühere Singen und Lärmen der Freiheit erschallt jetzt nicht mehr . . . Die Sonne nur trübe leuchtet am Himmel, der selbst wie betrübt ist, so grau und so matt . . .

Nur manchmal die jüngsten der Wellen, erbost vom lange dauernden Joch, drängeten sich in Ketten und einzeln hinauf auf die drohende Wand. — Die zuckt nicht einmal, sie steht wie im Meere der Felsen . . . Das Echo erweckt nur ein stöhnender Laut, der kommt aus der Kämpen zerschlagener Brust.

Jetzt weint das Meer . . . .

Gar viele der Jahre vergingen, und Tausende von Wellen zerschlugen sich kläglich am Widerstand leistenden, trotzigen Stein.

Stets dunkler und dunkler wird es umher . . . und zagend sprechen die Wellen . . . : „Wir warten, wir sammeln die Kräfte aufs neu!"

Die Jahre vergingen . . . .

Die jüngsten der Wellen erstarkten zur Tat. Sie sandten die flüchtigen Boten in alle Teile des Meeres; sie sollten die Zagenden wecken, ermuntern zu rettender Tat. Sie sollten sie alle ermuntern zum Kampf, zum Sturme gegen die knechtende Wand. Zur Tiefe sie senkten sich hoffend hinab, die Alten, Enttäuschten zu mahnen. Doch schüttelten diese das grauende Haupt: „Die Kraft und der Schwung sind gebrochen, geschwunden, wie sollen den Kampf wir noch wagen mit jener gewaltigen Wand! . . ."

Die Boten der Wellen ergossen sich weiter. Sie suchten den Wind und den Sturm. — Nirends im Meere fanden sie diese, sie waren verborgen in finsteren Schluchten der Berge.

„Wir bringen euch Starken den Gruß unsrer Wellen! Verlaßt nun die Berge, die Schluchten so eng. Erscheinet bei uns und fliegt Kampf und Tod! Die Ketten zerreißet, den Geist unsrer Brüder befreit. Wir haben gewartet, nun sind wir erstarkt: erweckt in den Alten den Mut ihr auf neu' und sammelt uns alle zur siegenden Schar. Wir fürchten den Kampf nicht, der Tod ist uns lieb, den Brüdern die Freiheit erringend! . . . ."

Wie mächtige Löwen, zur Hilfe der Jungen erscheinen die Alten, aufs neue verjüngt. Sie fliegen dahin, gekrönet von wellen, von flockigem Schaum; sie stürzen sich wütend hinein in den Kampf, sie packen die trotzigen Blöcke, und ahnend und schaudernd erzittert die Erde vom schrecklichen Kampfesgetöse! . . .

Schon grauet der Morgen zum trüben und traurigen Tage. Doch unbezwungen stehn die Felsen trotzig noch da . . . Noch peitschet der Sturm das rasende Meer, noch sinken zu Tode, an Felsen zerschlagen, die Reihen der mutigen, mächtigen Wellen.

Die Menschen versammeln erschreckt sich am Ufer des Meers. Mit Wehmut erblicken die Fischer, wie mutig die Welen zergellen im Kampf, der ihnen so ungleich erschien. Voll Mitleid erglänzen die Augen der festesten Männer. Zum Himmel erhob sich gar mächtig ein flehend Gebet: „Erlöse die Kämpfer, beende den Streit, den Wellen verleihe, Gerechter, den Sieg!"

Sogar der Tyrann, der Mensch, der die Felsen ins Meer einst gestellt, sogar jener erzittert, von Schauer erfüllt. Es zuckt ihm zusammen das selbstische Herz beim Anblick der Leiden, des Todes des Meers. Mit welchem Entzücken möchte wohl jetzt er die Felsen, die starren, entfernen; den Wellen die Freiheit von neu

von der er sich verspricht, daß sie „Hand in Hand mit den gewerkschaftlichen Arbeiterkoalitionen der Kapitalistenklasse die Bedingungen, unter denen sie allein Arbeitskräfte verwenden darf, aufoktroyiert." Im Sinne der so aufgefaßten Sozialreform nennt Bernstein die Fabrikgesetze ein Stück „gesellschaftliche Kontrolle" und als solche — ein Stück Sozialismus. Auch Konrad Schmidt sagt überall, wo er vom staatlichen Arbeiterschutz spricht, „gesellschaftliche Kontrolle", und hat er so glücklich den Staat in Gesellschaft verwandelt, dann setzt er schon getrost hinzu: „d. h. die aufstrebende Arbeiterklasse". und durch diese Operation verwandeln sich die harmlosen Arbeiterschutzbestimmungen des deutschen Bundesrates in sozialistische Uebergangsmaßregeln des deutschen Proletariats.

Die Mystifikation liegt hier auf der Hand. Der heutige Staat ist eben keine „Gesellschaft" im Sinne der „aufstrebenden Arbeiterklasse", sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. Klassenstaat. Deshalb ist auch die von ihm gehandhabte Sozialreform nicht eine Betätigung der „gesellschaftlichen Kontrolle", d. h. der Kontrolle der freien arbeitenden Gesellschaft über den eigenen Arbeitsprozeß, sondern eine Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozeß des Kapitals. Darin, d. h. in den Interessen des Kapitals, findet denn auch die Sozialreform ihre natürlichen Schranken. Freilich, Bernstein und Konrad Schmidt sehen auch in dieser Beziehung in der Gegenwart bloß „schwächliche Anfangsstadien" und versprechen sich von der Zukunft eine im Unendliche steigende Sozialreform zugunsten der Arbeiterklasse. Allein sie begehen dabei den gleichen Fehler, wie in der Annahme einer unumschränkten Machtentfaltung der Gewerkschaftsbewegung.

Die Theorie der allmählichen Einführung des Sozialismus durch soziale Reformen setzt als Bedingung, und hier liegt ihr Schwerpunkt, eine bestimmte objektive Entwicklung, ebenso des kapitalistischen Eigentums wie des Staates, voraus. In bezug auf das erstere geht das Schema der künftigen Entwicklung, wie es Konrad Schmidt voraussetzt, dahin, „den Kapitaleigentümer durch Beschränkung seiner Rechte mehr und mehr in die Rolle eines Verwalters herabzudrücken." Angesichts der angeblichen Unmöglichkeit der einmaligen plötzlichen Expropriation der Produktionsmittel macht sich Konrad Schmidt eine Theorie der stufenweisen Enteignung zurecht. Hierfür konstruiert er sich als notwendige Voraussetzung eine Zersplitterung des Eigentumsrechts in ein „Obereigentum", das er der „Gesellschaft" zuweist, und das er immer mehr ausgedehnt wissen will, und ein Nutznießrecht, das in den Händen des Kapitalisten immer mehr zur bloßen Verwaltung seines Betriebes zusammenschrumpft. Nun ist diese Konstruktion entweder ein harmloses Wortspiel, bei dem nichts Wichtiges weiter gedacht wurde. Dann bleibt die Theorie der allmählichen Expropriation ohne alle Deckung. Oder es ist ein ernst gemeintes Schema der rechtlichen Entwicklung. Dann ist es aber völlig verkehrt. Die Zersplitterung der im Eigentumsrecht liegenden verschiedenen Befugnisse, zu der Konrad Schmidt für seine „stufenweise Expropriation" des Kapitals Zuflucht nimmt, ist charakteristisch für die feudalnaturalwirtschaftliche Gesellschaft, in der die Verteilung des Produktes unter die verschiedenen Gesellschaften in natura und auf Grund persönlicher Beziehungen zwischen den Feudalherren und ihren Untergebenen vor sich ging. Der Zerfall des Eigentums in verschiedene Teilrechte war hier die im voraus gegebene Organisation der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Mit dem Uebergang zur Warenproduktion und der Auflösung aller persönlichen Bande zwischen den einzelnen Teilnehmern des Produktionsprozesses befestigte sich umgekehrt das Verhältnis zwischen Mensch und Sache — das Privateigentum. Indem die Verteilung sich nicht mehr durch persönliche Beziehungen, sondern durch den Austausch vollzieht, messen sich verschiedene Anteilansprüche an dem gesellschaftlichen Reichtum nicht in Splittern des Eigentumsrechts an einem gemeinsamen Objekt, sondern in dem von jedermann zu Markte gebrachten Wert. Der erste Umschwung in rechtlichen Beziehungen, der das Aufkommen der Warenproduktion in den städtischen Kommunen des Mittelalters begleitete, war auch die Ausbildung im Schoße der feudalen Rechtsverhältnisse mit geteiltem Eigentum des absoluten geschlossenen Privateigentums. In der kapitalistischen Produktion setzt sich aber diese Entwicklung weiter fort. Je mehr der Produktionsprozeß verzesellschaftet wird, um so mehr beruht der Verteilungsprozeß auf einem Austausch und um so unantastbarer und geschlossener wird das kapitalistische Privateigentum, um so mehr schlägt das Kapitaleigentum aus einem Recht auf das Produkt der eigenen Arbeit in ein reines Aneignungsrecht gegenüber fremder Arbeit um. So lange der Kapitalist selbst die Fabrik leitet, ist die Verteilung noch bis zu einem gewissen Grade an persönliche Teilnahme an dem Produktionsprozeß geknüpft. In dem Maße, wie die persönliche Leitung des Fabrikanten überflüssig wird, und vollends, in den Aktiengesellschaften, sondert sich das Eigentum an Kapital als Anspruchstitel bei der Verteilung gänzlich von persönlichen Beziehungen zur Produktion und erscheint in seiner reinsten, geschlossenen Form. In dem Aktienkapital und dem industriellen Kreditkapital gelangt das kapitalistische Eigentumsrecht erst zu seiner vollen Ausbildung.

Das geschichtliche Schema der Entwicklung des Kapitalisten, wie es Konrad Schmidt zeichnet: „vom Eigentümer zum bloßen Verwalter", erscheint somit als die auf den Kopf gestellte tatsächliche Entwicklung, die umgekehrt vom Eigentümer und Verwalter zum bloßen Eigentümer führt. Es geht hier Konrad Schmidt wie Goethe:

Was er besitzt, das sieht er wie im weiten,
Und was verschwand, wird ihm zu Wirklichkeiten.

Und wie sein historisches Schema ökonomisch von der modernen Aktiengesellschaft auf die Manufakturfabrik oder gar auf die Handwerkstatt zurückgeht, so will es rechtlich die kapitalistische Welt in die feudalnaturalwirtschaftlichen Eierschalen zurückstecken.

Von diesem Standpunkte erscheint auch die „gesellschaftliche Kontrolle" in einem anderen Lichte, als sie Konrad Schmidt sieht. Das, heute als „gesellschaftliche Kontrolle" funktionierende Arbeiterschaft, die Aufsicht über Aktiengesellschaften usw. hat tatsächlich mit einem Anteil am Eigentumsrecht, mit „Obereigentum" nicht das geringste zu tun. Sie beschränkt sich nicht als Beschränkung des kapitalistischen Eigentums, sondern umgekehrt als dessen Schutz. Oder ökonomisch gesprochen, sie bildet nicht einen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutung, sondern eine Normierung, Ordnung dieser Ausbeutung. Und wenn Bernstein die Frage stellt, ob in einem Fabriksetz viel oder wenig Sozialismus steckt, so können wir ihm versichern, daß in dem allerbesten Fabriksetz genau soviel „Sozialismus" steckt, wie in den Magistratsbestimmungen über die Straßenreinigung und das Anzünden der Gaslaternen, was ja auch „gesellschaftliche Kontrolle" ist.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.

Nächste Versammlung Donnerstag, den 18. September, 8 Uhr, der KAP. bei Eckelmann, Bartholomäusstr. 1. Tagesordnung: Das Programm der dritten Internationale. — Sympathisierende sind eingeladen.

Für den Pressefond gingen ein: Tiegel, Chemnitz 1.— Mk., Neuendorf, Bern auf Liste 203 9.— Fr., Schulz, 14. Bez. 5.—, Konto Hommune 30.—, H., 17. Bez. 18.— Mark.

Warum der Liberalismus in Amerika keine Rolle spielt

Die „Industrial Solidarity" vom 27. Juli bringt mit diesem Titel eine längere Abhandlung, in welcher aufgezeigt wird, warum die USA. bis jetzt nur zwei Parteien gehabt hat. Wichtiger noch ist der Nachweis, daß diese beiden Parteien wohl die Masse der unteren Schichten spalten konnten und dennoch beide Diener der Wallstreet, der amerikanischen Hochfinanz waren. Gerade hieraus ergeben sich zwei wichtige Fragen. Das Fehlen des politischen Scheinkampfes innerhalb der unteren Klassen Amerikas ist ein Grund dafür, daß die IWW. eher als die Union in Deutschland den „politischen Hilfstrupp", wie sie die proletarische Partei nennt, entbehren kann. Weiter aber läßt die Art und Weise, wie der Artikelschreiber die gestellte Frage löst, auch Schlüsse zu, wie weit die IWW. auf revolutionär-marxistischem Boden steht, auch wenn die IWW., wie sie in ihrer Zeitung vom 1. August aussprechen, sich dem Weyerschen Industrieverband am meisten verwandt fühlt, was darauf zurückzuführen ein mag, daß der Weyersche Verband ihnen verschweigt, daß er seit seiner Existenz krankhaft nach der „linksparlamentarischen" Partei sucht, die seine linke Gewerkschaftspolitik sanktioniert, so muß doch gesagt werden, daß die IWW.-Presse es meisterhaft versteht, die Kapitalisten selbst anzugreifen, nicht nur ihre Lakaien. Neben dem Artikel über den amerikanischen Liberalismus prangt die Aufschrift: „Der Kupfertrust erdrosselt die Welt!" Es wird ausgeführt, daß gegen die Polypenarme eines solchen Weltkontrusts nur Kämpfe helfen, Organisationen auf der Basis revolutionärer Massenaktionen. Ein anderer Artikel am Kopfe der nächsten Spalte: „Spekulative Philosophie gegen klare Tatsachen" sucht auch seine Pflicht in der Aufklärungsarbeit zu tun. Daraus können auch wir manches lernen.

England hat seit Generationen eine liberale Partei gehabt und hat heute beides: eine liberale und eine Arbeiterpartei. Von Zeit zu Zeit werden auch in Amerika Anstrengungen zur Schaffung einer liberalen Partei gemacht und in jüngster Zeit versuchte man die Liberalen und die Arbeiter gegen die beiden alten Parteien zu verbinden. Alle diese Bemühungen sind vergeblich gewesen. Die kommende Wahl wird keine organisierte Liberalen-Bewegung sehen und die Arbeiterschaft ist im großen und ganzen zufrieden, sich in das Gesabbel über Alkoholverbot einzulassen, als ob keine anderen Probleme vorlägen und als ob die geringste Aussicht vorhanden wäre, daß die Demokraten oder Republikaner diese Frage lösen könnten. In einer Zeit, wo die USA. die ökonomische Vorherrschaft über die ganze zivilisierte Welt haben, und während Konzerne von weltweiter Bedeutung im Werden sind, zeigt das politische Gesicht Amerikas den größtmöglichsten Konservatismus, der in der zivilisierten Welt überhaupt zu finden ist. Der Liberalismus und die politische Arbeiterbewegung Amerikas sind das Mitleid der ganzen Welt. — „Brüder?" rief einst mit leidenschaftlicher Heftigkeit ein schwarzer Neger-Prediger, „es gibt nur zwei Wege. Der eine führt zur Hölle, der ander zur ewigen Verdammnis. Auf den angsterfüllten Zwischenruf eines Zuhörers, ob nur diese Möglichkeit bestände, wurde nochmals heilig beteuert, daß dem so sei. „Dann geht dieser Neger in die Wälder" war die verzweifelte Antwort.

So ist die Lage heute in den Vereinigten Staaten. Viele möchten lieber „in die Wälder" oder sonstwo hingehen, um aus der Klemme herauszukommen, zwischen dem Moronentum von Cansas City und der Gefühlsduselei von Houston, zu wählen zwischen den Republikanern und den Demokraten. Es ist auch kein Grund vorhanden, daß ein beträchtlicher Teil des amerikanischen Volkes in die sozialistische Partei kommen wird. Trotz der ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften jener Männer, die mit dem Namen Debs verbunden sind, der vor 20 Jahren Eugen Debbs ihnen so vielversprechend übergab, ist heute weder eine liberale, noch eine Arbeiterchartа radikal genug, um das Programm für morgen zu sein. In Wirklichkeit ist in USA. kein Konkurrent da, der den beiden alten Parteien mit ihrer Scheinausführung das Feld streitig macht, obgleich die Maskerade jetzt so offensichtlich ist, daß selbst die Ausbeuter-Korrespondenten der republikanischen und demokratischen Partei sich keine Mühe geben, zu verbergen. Die einzige Sache, in die beide Parteitage in Huston und Cansas-City sich ehrlich teilten, war die unverhüllte Verachtung gegen alle, die über beide Zusammenkünfte berichteten. Und der Kampf wird ein dreifacher Jahrmarkt sein, ein Gestammel über Religion, mehr oder minder gesetzmäßiges Saufen und Austernjagd. So kann der amerikanische Liberalismus nichts weiter tun, als „in die Wälder" gehen.

Es ist nun nichts leichter als den amerikanischen Liberalen die Schuld für diesen Stand der Dinge selbst zuzuschreiben und sie sind auch nicht ganz freizusprechen. Aber in der Hauptsache ist der jetzige Bankrott des Liberalismus und der politischen Arbeiterbewegung auf Ursachen zurückzuführen, die in die Zeit der Besiedelung unseres Landes zurückgehn und auf das Hindernis, als welches sich das amerikanische Sektierertum dem Aufkommen einer liberalen Bewegung in den Weg stellte, als diese in Europa schon eine wirkliche Macht war. Der Liberalismus ist in sich schon chwach, denn er lebt in einer Zwischenwelt. Auf der einen Seite versucht er mit den Lords von Aar und Halm, der privilegierten Finanz, und sonstigen Ausbeuterkasten zu Freunden zu sein und lebt doch in steter Angst, zu den Enteigneten in den Abgrund zu fallen. Trotzdem würde der amerikanische Liberalismus noch ein etwas besseres Gesicht zeigen, wenn die Geschichte nicht in unserem Lande noch besondere Gründe für seine Kläglichkeit hinzugebracht hätte.

Obgleich unser Land vor vierhundert Jahren entdeckt wurde und die Kolonien des Atlantiks seit drei Jahrhunderten besiedelt sind, ist die wirkliche Auffüllung des Landes doch erst in den letzten 125 Jahren geschehen. Es dauerte zwei Jahrhunderte, ehe eine Bevölkerungszahl von 5 Millionen erreicht war. Aber im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war durch Einwanderung ein Zawachs zu verzeichnen, der doppelt so hoch war als die Einwohnerzahl beim Tode Washingtons betrug. Schon die erste Besiedelung trug einen bestimmten Charakter, der sich bis heute noch erhalten hat. Zwischen Virginia und New England geht ein wirtschaftlicher Riß und verteilt sich seit 250 Jahren. Als die durch England hervorgerufene industrielle Revolution sich in Bewegung setzte, das Mississippital auffüllte, und den fernen Westen ergriff, führte die erwähnte wirtschaftliche Gegensatz der Kolonien zum Kriege. Die Amerikaner sind niemals ein einheitliches Volk gewesen und sind es auch heute nicht. Stets war der Süden eine Nation innerhalb der Nation und niemals konnte sich im Süden eine liberale Partei entfalten, um fruchtbar mit einer liberalen Partei des Nordens zusammenzuarbeiten. Dadurch hatte der amerikanische Liberalismus, außer den Schwierigkeiten, welche sich aus dem Wachsen des amerikanischen Kapitalismus ergaben, noch besonders geographische Beschränkungen zu überwinden und dies hat ihn zur Unfruchtbarkeit verdammt. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein Aufstand im Süden diese Lage von Grund auf ändern wird.

Die demokratische Partei der USA. ist von Anfang an und besonders während der letzten 60 Jahre eine unlenksame Mischung von Elementen gewesen, die jedem Recht widerstreben. Selbst in den Tagen von Thomas Jefferson vereinigte sie als die Partei der Grenze die aufständischen Elemente zweier Landstriche, die nicht ganz gleich waren, die Mittel- und Ostkolonien und den Süden. Diese disharmonische Zusammensetzung der demokratischen Partei ist mit der Entwicklung des Antisklavereistreites weiter gewachsen. Seit der Niederwerfung des alten Süden, in den Schwierigkeiten des Bürgerkrieges stellte sie ein solch unmögliches Gemisch dar, daß man sich von dem Zustand dieser Partei kaum eine Vorstellung machen kann und sie fuhr fort, die vorhandenen Gegensätze zu verkleistern. Die fremde Einwanderung, welche vor Ausbruch des Bürgerkrieges im vollen Fluß war, hat in den ländlichen Bezirken des Nordens eine Demokratie geschaffen, die der südlichen so feindlich gegenübersteht, wie zwei Gruppen in den kriegerischen Teilen Europas. Die südliche Demokratie ist ausgesprochen eingeborenen amerikanisch. Eine kürzlich erschienene Karte, welche die Prozente der eingeborenen Amerikaner in den verschiedenen Teilen der Union angibt, zeigt deutlich, daß der 100-prozentige Amerikanismus in den Südstaaten zu Hause ist. Die mehr agrarische südliche Demokratie ist ausgesprochen protestantisch und politisch „trocken" aus Gründen der Rassenfrage, über die wir hier nicht weiter zu reden brauchen.

Ganz entgegengesetzt erscheint der Norden schon durch die Zusammensetzung seines Menschenmaterials betont „ausländisch" und ist dort am stärksten, wo er katholisch oder doch nicht-protestantisch ist. Die nördliche Demokratie ist gesetzlos „naß", städtisch mit starkem sozialreformistischen Einschlag, der sie gerade im Gegensatz zur konservativen Kraft des Südens bringt.

Drei Dinge haben den Süden bei dieser seltsamen und fortlaufend unmöglichen Vereinigung gehalten. Einmal die historische Zusammengehörigkeit der republikanischen Partei mit der Katastrophe des Bürgerkrieges und die ihm folgende Ausraubung des Südens mit anschließender Wiederaufbauperiode unter Regierung der Republikaner. Dazu kommt noch der Versuch einer Negerherrschaft, der sich gleich nach seiner Emanzipation durch das Ausspielen des Negers in der Politik zeigt.

Schlimmer als Frankreich je gedacht hat, Deutschland seit Beendigung des Weltkrieges zu behandeln, war die Behandlung des Süden durch die Herrscher der Republikanischen Partei in den Jahren 1865 bis 1877. Die industrielle Revolution, die im Norden sich zuerst durchsetzte und den Süden nur langsam erst schwächte auch dem Norden den militärischen Sieg von 1861—65 zu. Der Norden hatte die Männer und das Geld, weil er die Maschinen und die gesellschaftliche Technik hatte. Der Krieg kam nur, weil der Norden den Westen beherrschen wollte und als die militärische Entscheidung gefallen war, dehnte er sich bis in die fernen Grenzen des Westens aus und ließ den Süden verkrüppelt und beraubt liegen. Diese Expansion des Nordens blieb nicht an der Küste des großen und stillen Ozeans stehen, sie warf sich aber auch nicht von der Grenze des fernen Westens auf den Süden, sondern auf den Außenhandel und die Inseln der Meere. Hawaii, die Philippinen, Puerto Rico und Cuba wurden genommen. Danach folgte unaufhörlich Kapitalanlage in Süd-Amerika, Canada, Europa und Asien. Der Weltmarkt erschien dem amerikanischen Kapital einladender als der Süden über den die industrielle Revolution jetzt auch mit Macht hereinbricht.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Proletarisches Notizbuch

Training für kommende „große Zeiten". Die Stadt Halle wurde durch Ausströmen von Gasen aus der Braunkohlenschwefelanlage der Grube „Alwin" vollständig vergast. Die Bourgeoisie bereitet das Proletariat rechtzeitig auf die kommenden „großen Zeiten" vor.

Die falsche Wehrdiskussion. Der Schnellzum Prag—Wien—Budapest ist in der südmährischen Station Saitz zwischen Brünn und Lundenburg mit einem Güterzug zusammengestoßen. Beide Maschinen und drei Wagen des Schnellzuges wurden zertrümmert. Bisher wurden 20 Todesopfer gezählt und mehr als 25 Schwer- und noch mehr Leichtverletzte. Die Ursache soll wieder „falsche Weichenstellung" sein. Der Profit erlaubt scheinbar keine Sicherungen dagegen.

Hochofenexplosion in England. Nach Meldungen aus Sidney vom 7. September ist in den Stahlhüttenwerken von Port Kembla ein Hochofen explodiert. **18 Arbeiter sind dabei verbrannt.** — Der Schaden ist durch Versicherungen gedeckt. Proletarier kosten nichts.

Diese Jugend! In einem Dorfe des thüringischen Landkreises Weimar sollte, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, kürzlich ein junges Paar in der Kirche getraut werden. Als der Pastor nach der Braut, eine Bäuerintochter, die Frage richtete, ob sie gewillt sei, ihrem Bräutigam als treue Ehefrau zu folgen, antwortete das Mädchen zur nicht geringen Ueberraschung der ganzen Hochzeitsgesellschaft und des Pfarrers mit einem glatten „Nein". Auf die Frage des Pfarrers, ob die Verhaltung des Geistlichen, warum sie denn nicht früher schon sich entsprechend geäußert habe und erst zum Altar gekommen sei, antwortete die Braut: **„Weil Sie, Herr Pfarrer, die erste Person** gewesen sind, die mich in dieser Sache um **meine** Meinung gefragt hat!"

Amanullah Dank an Moskau. TU. Konstantinopel, 7. September. Aus Kabul wird gemeldet, daß die afghanische Volksversammlung die **Beschlüsse des Kommunistischen Kongresses** angenommen hat. Danach wird **der Kommunismus in Afghanistan als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt.** Das neue Gesetz bestraft die kommunistische Tätigkeit mit **langer Zwangsarbeit.** Die Volksversammlung soll Sonnabend geschlossen werden. Vor dem Abschluß soll dem König als Dank für die Reformen der Titel „Amanullah, der Reformator", verliehen werden. — Ob der „revolutionäre" König auch in seiner Heimat auf Rosen wandelt, wie in Moskau, ist auch der Meldung nicht ersichtlich.

„Verzicht auf den Krieg!" WTB. London, den 9. September. „Daily News and Westminster Gazette" berichtet, daß **drei isländige Riesenschiffe nach Singapore für die dortige Flottenbasis verschifft wurden.** Sie seien 60 Fuß lang, mögen je fast 150 Tonnen und ihre ungeheure Reichweite und Zerstörungsgewalt genügte, um jeden Feind abzuwehren.

40 000 Arbeiter gekündigt! TU. München-Gladbach, 10. Sept. In der Nachmittagssitzung der Vereinigten Arbeitgeberverbände für die Textilindustrie von München-Gladbach, Rheydt und Umg. wurde beschlossen, der Gesamtbelegschaft am 15. September zum 29. September zu kündigen. Von dieser Maßnahme werden etwa 40 000 Arbeiter betroffen. Es handelt sich um Lohnforderungen.

Diskussion. „Also du bist gegen Volksentscheid — dann bist, ob du selbst oda nich, ooch für'n Panzerkreuza?" — „Ich denke, der Volksentscheid ist nur für die „Aufrüttelung" der Massen, er nützt gar nichts gegen den Panzer?" — „Das weeßt du und ich, aber die große Masse weeß es eben nich." „Wäre es nicht besser, sie darüber aufzuklären, was sie tun muß, um ein zweites 1914 zu verhindern?" — „Na ja, wolln ma ja, eben durch den Volksentscheid!" — „Was wollt ihr also: einen Volksentscheid, um zu zeigen, daß ihr überhaupt nichts wollt?" — „Hör mal, ich glooba, du willst ma foppen." — „Ich will Antwort haben, was ihr wollt?" — „Ich will dir mal wat sa'n: Ich bin Mitglied der KPD. und RFB., und dat muß dir genügen. Wat nützt das ville Denken, wenn ma uns nich bewegen." — „Bewegen tut sich ein Hampelmann auch, aber Kommunisten sollen eigentlich wissen, wozu sie sich bewegen." — „Laß dir ma nich n paar stecken, dann weeßte es gleich, vastehsta!" (Gespräch im Arbeitsnachweis Gormanstraße, Berlin.)

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

9. Jahrg Nr. 54

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. September 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Ein neues 1914? — Und dann?

Die Erben des Bürgerblocks

Nach Locarno und Thoiry hatte die deutsche Bourgeoisie keine weiteren Erfolge ihrer „Verständigungspolitik" mehr buchen können. Die Annäherung der deutschen und französischen Bourgeoisie hatte dem französischen Kapital die notwendigen Sicherungen für die Zukunft gebracht. Das deutsche Kapital hatte freiwillig auf eine Revision der Westgrenzen verzichtet. Durch die weitere Entwicklung der Völkerbundpolitik hatte das französische Kapital seinem deutschen Rivalen auch den Weg nach dem Osten verbaut. Der Frank war inzwischen stabilisiert. Infolgedessen fiel auch die Notwendigkeit der Flüssigmachung der deutschen Schuld durch deutsche Anleihen beim amerikanischen Kapital fort. Auf der anderen Seite hatte das englische Kapital auch kein Interesse mehr an einer weiteren Stärkung des deutschen Imperialismus. Es hatte erreicht, daß das französische Kapital durch den deutschen Aufstieg an den Kontinent gefesselt war. Locarno hatte das europäische Gleichgewicht legalisiert. Im Gegenteil mußte das englische Kapital jetzt daran denken, sich mit dem französischen Kapital zu verständigen. Der steigende Gegensatz zwischen ihm und dem amerikanischen Kapital zwingt es, sich völlig auf den kommenden Kampf mit ihm zu konzentrieren. Dazu ist vor allem eine Rückendeckung in Europa unentbehrlich, durch die ihm die Notwendigkeit der Verteidigung seiner europäischen maritimen Interessen abgenommen wird. Deshalb hat es mit dem französischen Kapital ein festes Bündnis abgeschlossen. Dieses beschränkt sich nach den offiziellen Mitteilungen auf den Bau bestimmter Schiffsgattungen und läßt den Partnern inbezug auf die Landstreitkräfte freie Hand. Daraus geht hervor, daß sich die Abmachung gegen einen Seegegner wendet.

Als solcher kommen lediglich die USA. in Frage, da die übrigen Mächte insbesondere das deutsche Kapital völlig ausscheiden. Die Nachricht von dem Abschluß dieser Vereinbarung wurde gerade in dem Moment veröffentlicht, als Kellogg sich zur Unterzeichnung des Kriegsächtungspakts nach Europa einschiffte. Es war Symbol und Begleitmusik zur „Ächtung der Völker".

In Amerika war man über den offenen Zynismus des englischen Kapitals empört. Das amerikanische Kapital glaubte, daß das europäische Kapital infolge seiner finanziellen Abhängigkeit vom amerikanischen Gläubiger überhaupt nicht mehr wagen würde, eine eigene Politik ohne seine Genehmigung zu betreiben. Ein Bündnis europäischer Mächte, dessen Spitze sich gegen es selbst richtete, hielt es für völlig ausgeschlossen. In der Zustimmung zum Kelloggpakt erblickte es die faktische Unterwerfung Europas unter sein Diktat. Es nahm insbesondere an, daß das englische Kapital auf eine eigene Politik für die Zukunft verzichtet hatte und mit dem amerikanischen Kapital eine Verständigung um jeden Preis suchen müßte. Anstatt dessen erlebte es ein Bündnis der mächtigsten europäischen Seemächte, das sich gegen es richtete. Der solange verborgene latente Gegensatz zwischen beiden Kapitalismen zeigte sich in seiner ganzen Größe. Das englische Kapital regelt genau so wie am Vorabend des Kampfes gegen Deutschland seine Differenzen mit seinem jahrhundertelangen Erbfeind. Es begräbt seinen Gegensatz in der deutschen Frage und entzieht dem deutschen Kapital seine weitere Unterstützung, nachdem es es vorher in den Sattel gehoben und seine Entwicklung zum gleichwertigen Partner des französischen Kapitals gefördert hatte. Briand konstatiert in seiner Erwägung auf die pazifistische Heuchelei des Kleinbürgers Müller mit allem Nachdruck, daß in größter Wut die Gefahr seitens dieses „abgerüsteten" ohnmächtigen Deutschlands. Er weiß, daß ihm die englischen und amerikanischen Bataillone bei der kommenden Auseinandersetzung fehlen werden. Das französische Kapital muß sich rüsten, allein dem Ansturm des deutschen Imperialismus standzuhalten.

Trotz der früheren Gegensätze in der Behandlung des deutschen Kapitals konnte es auf eine aktive Unterstützung Englands bei einem Konflikt mit Deutschland rechnen. Mit der Einstellung des englischen Kapitals auf eine Auseinander-

(Schluß von Seite 1.)

Vergessene Lehren

Die Wochen nach dem neuen offenen Bekenntnis der sozialdemokratischen Minister zur Aufrüstung und Verteidigung des demokratischen Vaterlandes haben schon manche Zweifel zerstört darüber, ob es eine „Zwangslage" war, in die die „bewährten Führer" hineingeschlidden sind, oder eine bewußte Problemstellung der Sozialdemokratie, um die vom Kriege her noch stark nachwirkenden pazifistischen Strömungen in der Partei zu überwinden. Heute liegen die Dinge bereits in vollender Klarheit vor uns. Severing hat mit dem Parteivorstand das Stichwort gegeben, daß die Sozialdemokratie nicht „dem Pazifismus verpflichtet ist". Der kommende Parteitag müsse unter Ablehnung der pazifistischen Gefühlsduselei zum Wehrproblem „positiv" Stellung nehmen. Nörpel erklärte auf dem Kongreß des ADGB. „Es ist ein Irrsinn sondergleichen, in einem Lande, wie Deutschland, daß in so vielfacher Beziehung schon nach unserem Willen gestaltet worden ist, wo Genossen und Kollegen in fast allen Regierungen und fast allen maßgebenden Körperschaften sitzen, von einem kapitalistisch-bürgerlichen Staat zu sprechen, den man bekämpfen und verneinen muß." — Hier liegt für jedermann deutlich die positive Lösung des „Wehrproblems": Der demokratisch-kapitalistische Staat ist ein Stück, oder die Plattform, die Grundlage des „Sozialismus", der nach innen und nach außen „verteidigt" werden muß. Auch werden diese Erkenntnis bis heute verschlossen blieb, trotzdem diese Konsequenzen die unvermeidlichen Früchte des Reformismus sind, der kann an diesen nüchternen Tatsachen erkennen, daß das Proletariat noch vor denselben Fragen steht, die der Weltkrieg ihm stellte.

Es war bis heute immer noch eine „Lücke" in dem geschichtlichen Alibi der „Völkerbefreienden". Sie ging gespalten durch das Meer von Blut hindurch, um sich am Ufer des Blutstroms wieder zu vereinigen. Aber jene Wiedervereinigung war nicht das Ergebnis der inneren Klärung und gegenseitigen Selbstkritik, sondern erfolgte auf dem Sumpf des Opportunismus. Jeder Teil behielt im Grunde seines Herzens „Recht", und dieser noch vorhandene innere Zwiespalt wurde überbrückt durch Küsse der Führer auf der Bühne des Parteitages in Nürnberg. Die Massen jubelten — über diesen dreckigen Betrug.

So lange das deutsche Kapital infolge der Kommissstiefel der Sieger, die diese ihm unerbittlich auf dem Genick hielten, den Pazifismus als Mittel der bürgerlichen Politik vorziehen mußte, konnte auch die Sozialdemokratie im Schlamm dieses Pazifismus ihr wahres Gesicht verbergen. Das pazifistische Geschrei der ehemaligen Unabhängigen, die die „Rechten" bis kurz vor der Vereinigung als Bluthunde der deutschen Revolution und als Knecht des deutschen Militarismus brandmarkten, konnte der bürgerlich-sozialdemokratischen Politik in Deutschland deswegen keinen Schaden tun, weil der Pazifismus zur notwendigen Mode geworden war, und deshalb konnte auch die Vereinigung ohne momentane Rückwirkungen vor sich gehen. Aber dadurch, daß die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nicht die Konsequenzen aus dem Verrat von 1914 zog, deshalb aktionsfähig blieb und besiegt werden mußte, standen nach der Niederlage wieder dieselben Probleme vor dem Proletariat. Sie schlummerten unter Streit und Geschrei, wurden überdeckt mit Wahltheater und dem nationalbolschewistischen Radau der KPD. Der Panzerkreuzer, der nun auf dem politischen Horizonte erschien, hat bewirkt, daß diese Frage auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei gestellt wurde.

Wir haben eingangs schon gesehen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Kurs 1914 auch mit seiner letzten Konsequenzen als jene Wegstrecke in der gesamten Politik der Partei zu reklamieren, die zu den Glanzzeiten der Sozialdemokratie gehört. Es ist für jede Partei unerträglich, einen schwarzen Fleck in ihrer Geschichte zu behalten. Die Sozialdemokratie ist dabei, hier endlich jedes Mißverständnis aus dem Wege zu räumen. Die Verräter — das ist der tiefere Sinn der „positiven Problemstellung" zum Wehretat. — Das waren nicht die Noske, Wels, Scheidemann und Konsorten, sondern die Pazifisten, denen die Sozialdemokratie nicht verpflichtet ist!

Es ist zumindest erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die heutigen „Linken" dem wirklichen Problem und seiner Lösung aus dem Wege gehen. Man erfährt da nicht, was eigentlich „abgelehnt" werden soll, denn anläßlich der Ablehnung des Wehretats durch die Sozialdemokratie schon hätten sie öfter als einmal Gelegenheit gehabt, sich von der Begründung ihrer eigenen Partei zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie hier lediglich einen Klimmzug mache, um sich in die Regierungssessel zu schwingen. Die Republik und ihre Reichswehr waren ihr nicht „demokratisch" genug. Nun kann man sich aber bei Nörpel überzeugen, welch große gesellschaftliche Veränderungen durch die Postenbesetzung der Genossen und Kollegen vor sich gegangen sind. So wird dem der Pazifismus der Usepeter zum Irrsinn immer dann, wenn der vaterländische Imperialismus durch proletarische Gegenkräfte nicht gebändigt werden kann. Das ist heute der Fall. Die Sozialdemokratie erhebt wieder offen die Fahne von 1914.

Liegt schon bei Betrachtung der Frage des Militarismus vollkommen klar, daß die alten Gleise der Arbeiterbewegung in immer neues Verderben führen müssen, so kehrt ein kurzes Verweilen bei der Frage der Aktionsfähigkeit — oder -unfähigkeit des Proletariats 1914 ganz unzweideutig, daß die Stellung zum Militarismus nur die eine Seite der Sache ist, und die Voraussetzung für die proletarische Lösung die Bewegungs- und Aktionsfreiheit des Proletariats überhaupt ist. 1914 war das Proletariat nur traditionell an die Organisationen gebunden; es wollte das Haus nicht abbrechen, denn es sich gestern noch ganz gut wohnte, um nach dem Erdbeben wieder zurückkehren zu können. Heute sind die Dinge wesentlich anders. Die Gewerkschaften sind — das bestätigt Nörpel mit unterübertroffener Bonzennaivität — zu Bestandteilen des kapitalistischen Staates geworden; die Gewerkschaftsbürokratie ist Staatsbürokratie. Den „Eroberern" erwachsen nie geahnte Aufgaben. Sie, die durch ihre „Eroberung" in jene Schutzburgen des Staates eindringen, und diese erobern „wollen", belehren uns durch ihre „geschickte" Taktik, daß man nur „geschickt" genug sein braucht, um dann fortfahrend auf diesem Wege, gleich den übrigen Rest von Staat zu erobern. So wird die prinzipielle Stellung des Proletariats zum Staat: daß dieser nicht erobert, sondern zertrümmert werden müsse, auch in den Augen der rechten und linken Stalinisten zum Unsinn, Marx zum reaktionären Utopisten und die proletarische Revolution der Tat — im Maul kann man sie immer haben — zu einem überflüssigen Balast. Diese Leute wundern sich, daß ihre Bonzen so leicht den Weg zur Sozialdemokratie finden. Sie ebnen ihnen geradezu die Wege.

Das Proletariat ist heute — die Bourgeoisie hat gut gearbeitet! — als Mitglied der Gewerkschaften durch